

Vorbericht
zum Haushaltsplan der Stadt Bergneustadt
für das Haushaltsjahr 2009

Vorbemerkung zum Haushaltsplan 2009 der Stadt Bergneustadt

1.

Der Haushaltsplan 2009 wird als 2. Haushaltsplan nach den Bestimmungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) vorgelegt. Auf den nachfolgenden Seiten werden wiederum umfangreiche Erläuterungen gegeben, die die Orientierung in dem noch ungewohnten NKF-Planwerk erleichtern und das Verständnis der neuen Strukturen ermöglichen sollen.

Ein wichtiger Hinweis zur Lesbarkeit vorweg: *Bedingt durch den Einsatz der SAP-Software werden Erträge und Einzahlungen im Planwerk mit einem Minuszeichen (-) versehen, während Aufwendungen und Auszahlungen ohne Vorzeichen positiv dargestellt werden.*

1.1 Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement

Am 10.11.2004 beschloss der Landtag das „Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen“. Das Gesetz ist am 01.01.2005 in Kraft getreten und verpflichtet die Kommunen, ihre Geschäftsvorfälle spätestens ab dem 01.01.2009 nach dem System der doppelten Buchführung in ihrer Finanzbuchhaltung zu erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen. Mit der Umstellung des Haushaltsrechts verfolgt der Landesgesetzgeber folgende wesentliche Reformziele:

- Einführung einer produktorientierten Haushaltsgliederung
- Übergang vom Geldverbrauchs- auf das Ressourcenverbrauchs-konzept
- Vollständige Darstellung des Vermögens in der kommunalen Bilanz
- Einführung der kaufmännischen Buchführung

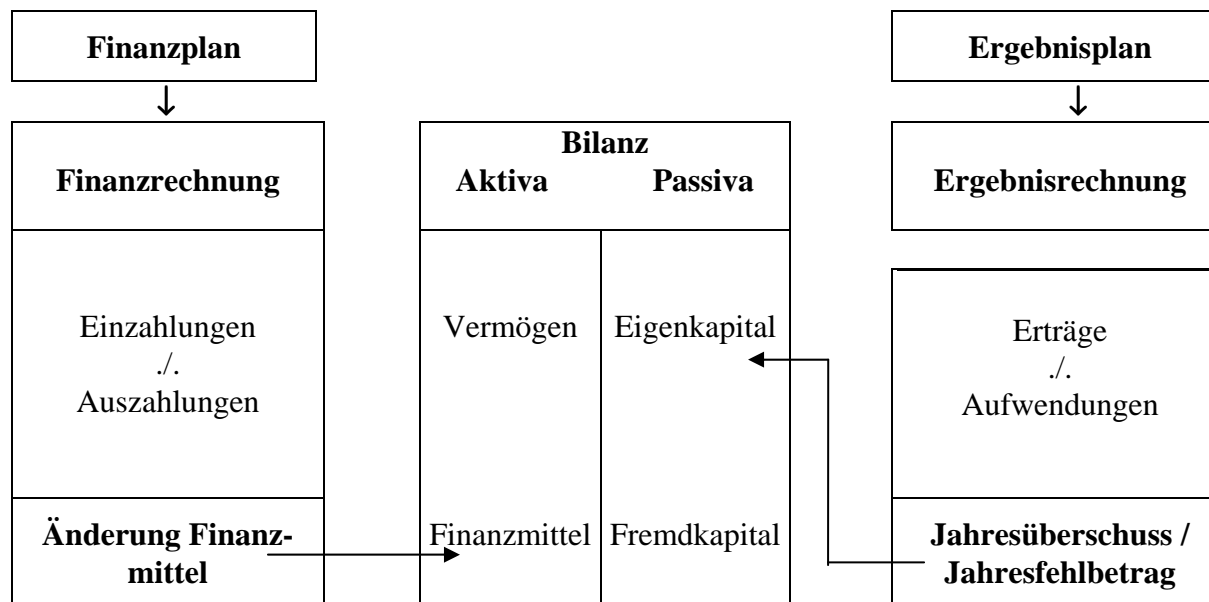
Letztlich dienen im Zeichen knapper werdender öffentlicher Finanzen diese Ziele alle der Einhaltung der intergenerativen Gerechtigkeit. Mittelfristig soll also vermieden werden, dass die heutige Generation von der Substanz einer Kommune zehrt und so „auf Kosten“ der nächsten Generation wirtschaftet.

Das längstens bis zum 31.12.2008 eingesetzte Buchführungssystem, die Kameralistik, war eine reine Einnahme- und Ausgaberechnung. Mit ihr konnten lediglich die Geldmittelzuflüsse (Einnahmen) und die Geldmittelabflüsse (Ausgaben) dargestellt werden. Nach dem Wechsel auf das Neue Kommunale Finanzmanagement und den entsprechenden Vorgaben des Gesetzgebers in der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung ist die kommunale Haushaltswirtschaft künftig in enger Anlehnung an das Handelsgesetzbuch und die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung abzuwickeln. Bestandteile der Planung und Rechnungslegung im NKF werden insgesamt drei Komponenten sein:

- Ergebnisplan und Ergebnisrechnung

Finanzplan und Finanzrechnung sowie Bilanz

Das Zusammenspiel der drei Komponenten verdeutlicht das nachfolgende Schaubild:



Die neuen zentralen Rechengrößen sind Erträge und Aufwendungen, die in Ergebnisplan und Ergebnisrechnung einfließen. Hierbei sind Erträge der bewertete Zuwachs an Gütern und Dienstleistungen innerhalb einer Rechnungsperiode und Aufwendungen der bewertete Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen in einer Rechnungsperiode. Das Gesamtressourcenaufkommen und der Gesamtressourcenverbrauch einer Rechnungsperiode werden mit diesen Rechengrößen in einem geschlossenen System erfasst, ihre Auswirkungen auf das kommunale Vermögen und die Schulden in der Bilanz abgebildet und so die Erhöhung oder Minderung des Eigenkapitals ausgewiesen. Genau hier liegen wesentliche Unterschiede zum bisherigen kamerale Buchungssystem.

Entscheidend für die Zuordnung zum Haushaltsjahr ist nicht mehr der Zahlungszeitpunkt von Einnahmen und Ausgaben, sondern grundsätzlich der Zeitraum, dem Ressourcenaufkommen (Ertrag) und –verbrauch (Aufwand) zuzurechnen sind. Diese neuen Rechengrößen führen dazu, dass zum Beispiel der Werteverzehr des vollständigen kommunalen Anlagevermögens durch die Aufnahme jährlicher Abschreibungen berücksichtigt wird. Ebenso werden in der Ergebnisrechnung künftige Verpflichtungen durch die Bildung von Rückstellungen unter anderem für Pensionszahlungen periodengerecht abgebildet.

Zusätzlich zu dem Buchführungssystem der Wirtschaft werden im NKF in Finanzplan und Finanzrechnung alle Zahlungsströme der Kom-

mune zeitraumbezogen abgebildet. Über die Konten der Finanzrechnung wird die Änderung des Liquiditätssaldos in die Bilanz abgeschlossen. Hauptaufgaben der Finanzplanung und –rechnung sind das Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement im kurz- und langfristigen Bereich sowie die haushaltsrechtliche Ermächtigung für investive Ein- und Auszahlungen über die dargestellten Investitionsmaßnahmen im Finanzplan.

In der Bilanz schließlich werden das Vermögen und die Schulden der Kommune stichtagsbezogen in Kontenform dargestellt. Auf der (linken) Aktivseite der Bilanz wird das Vermögen der Kommune mit den zum Bilanzstichtag (31.12. eines Jahres) ermittelten Werten ausgewiesen. Es wird also die Mittelverwendung der Kommune dokumentiert. Die Mittelherkunft beziehungsweise die Finanzierung des Vermögens ergibt sich insbesondere aus den Positionen Eigenkapital und Verbindlichkeiten auf der (rechten) Passivseite der Bilanz. Das Eigenkapital ist jedoch nur eine Rechengröße (Vermögen abzüglich Fremdkapital), deren Gegenwert sich nicht als liquide Mittel auf Bankkonten befindet.

1.2 Grobstruktur der kommunalen Bilanz:

<u>Aktiva</u>	<u>Passiva</u>
1. Anlagevermögen	1. Eigenkapital
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	1.1 Allgemeine Rücklage
1.2 Sachanlagen	1.2 Sonderrücklagen
1.3 Finanzanlagen	1.3 Ausgleichsrücklage
2. Umlaufvermögen	1.4 Jahresüberschuss / -fehlbetrag
2.1 Vorräte	2. Sonderposten
2.2 Forderungen	3. Rückstellungen
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	4. Verbindlichkeiten
2.4 Liquide Mittel	5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	

1.3 Umstellung auf NKF in Bergneustadt

Die Vorbereitungen zur Umstellung des Rechnungswesens in Bergneustadt setzten bereits im Jahr 2005 ein. So wurde bei der Stadtverwaltung innerhalb des Fachbereichs Finanzen eine NKF-Projektgruppe installiert, die zunächst ein Grobkonzept entwarf, die zu bewältigenden Teilprojekte festlegte und dann die notwendigen Umstellungsarbeiten federführend begleitete und noch begleitet. Herauszuheben ist an dieser Stelle, dass diese Umstellungsarbeiten nahezu vollständig von den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben ihren eigentlichen Aufgaben erledigt wurden. Neben anderem wurde nach den rechtlichen Rahmenvorgaben ein Produktkatalog aufgebaut, der die

künftige Gliederung des Bergneustädter Haushalts vorgibt. Diese Gliederung richtet sich an den Verwaltungsleistungen, dem Output, aus.

Zum Umstellungsstichtag, dem 01.01.2008, ist nach § 95 Gemeindeordnung eine Eröffnungsbilanz aufzustellen. Hierzu wurde zunächst eine Inventur durchgeführt, in der die städtischen Vermögensgegenstände, aber auch Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten vollständig aufgenommen wurden. Anhand dieser Inventurergebnisse werden zur Zeit die Wertansätze der Eröffnungsbilanz auf der Basis vorsichtig geschätzter Zeitwerte ermittelt. Es werden also für jeden Einrichtungsgegenstand in Schulen, Verwaltung oder sonstigen Einrichtungen der Stadt, aber auch für städtische Grundstücke, Gebäude, Straßen und vieles Andere mehr Wertansätze mit geeigneten Verfahren errechnet und den jeweiligen Bilanzpositionen zugeordnet. Ab Mitte 2008 erfährt die Stadt begleitende Unterstützung bei Erstellung der Eröffnungsbilanz durch ein Wirtschaftsprüfungsbüro. Der nachfolgend abgedruckte erste Entwurf der Eröffnungsbilanz wurde dem Rat am 11.02.2009 vorgelegt.

Vorläufige Eröffnungsbilanz der Stadt Bergneustadt zum Stichtag 01.01.2008 Entwurf mit Stand 10.02.2009

<u>Aktiva</u>			<u>Passiva</u>	
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital	
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	707,8 T€		1.1 Allgemeine Rücklage	22.807,3 T€
1.2 Sachanlagen	161.685,5 T€		1.2 Sonderrücklagen	0,0 T€
1.3 Finanzanlagen	9.526,3 T€		1.3 Ausgleichsrücklage	6.345,1 T€
2. Umlaufvermögen			1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0 T€
2.1 Vorräte	46,7 T€		2. Sonderposten	64.476,3 T€
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.622,9 T€		3. Rückstellungen	22.474,0 T€
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0 T€		4. Verbindlichkeiten	52.452,6 T€
2.4 Liquide Mittel	65,0 T€		5. Passive Rechnungsabgrenzung	5.228,4 T€
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	129,5 T€			
Summe Aktiva	<u><u>173.783,7 T€</u></u>		Summe Passiva	<u><u>173.783,7 T€</u></u>

2. Allgemeiner Überblick

2.1

Der Haushalt der Stadt Bergneustadt ist seit 2003 defizitär. Es musste ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden, das keine aufsichtsbehördliche Genehmigung gefunden hat.

Die Jahresergebnisse der Verwaltungshaushalte stellten sich wie folgt dar (HPL = Haushaltsplan):

Jahr	Jahresbezogener Fehlbedarf laut HPL	Gesamtfehlbetrag laut Jahresrechnung	Jahresbezogener Fehlbetrag laut Jahresrechnung	Altfehlbetrag laut Jahresrechnung
2003	2.091.000 €	1.203.269 €	1.203.269 €	0 €
2004	3.354.000 €	2.007.658 €	804.389 €	1.203.269 €
2005	3.908.000 €	2.529.478 €	521.820 €	2.007.658 €
2006	4.503.000 €	6.701.144 €	4.171.666 €	2.529.478 €
2007	4.367.000 €	9.119.613 €	2.418.468 €	6.701.144 €

Mit Umstellung der bisherigen kameralen Haushaltsplanung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement konnte der Haushaltsplan 2008 ebenfalls nicht ausgeglichen werden. Nach der Haushaltsplanung belief sich der jahresbezogene Fehlbedarf auf 3.235 T€. Nach den Vorschriften der neuen Gemeindeordnung war wiederum ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Zum voraussichtlichen Jahresabschluss 2008 liegen derzeit noch keine gesicherten Zahlen vor. Da jedoch die PPP-Sanierungen (siehe Seite V27) nicht veranschlagt waren, wird sich das Jahresergebnis 2008 verschlechtern. Andererseits waren Einsparungen zu verzeichnen, so dass der Fehlbetrag 2008 bei etwa 3,9 Mio € liegen dürfte.

Nach der Haushaltsplanung beläuft sich der Fehlbedarf des Ergebnisplans 2009 auf 8.654 T€. Die erhebliche Verschlechterung ist neben einer von 11.928 T€ auf 13.748 T€ deutlich gestiegenen Kreisumlage insbesondere darauf zurück zu führen, dass der Aufwand aus den Sanierungen an Schulgebäuden im Rahmen des PPP-Projektes mit 5.739 T€ entsprechend verbucht werden muss (siehe auch Ziffer 2.2.7).

Die Ergebnisplanung bis zum Jahr 2012 lässt auch für die Folgejahre Defizite erwarten. Sie werden aus heutiger Sicht in den kommenden Jahren zwischen 3,0 und 5,7 Mio € liegen. Ein struktureller Haushaltsausgleich ist derzeit nicht abzusehen. Bergneustadt wird auch weiterhin Nothaushalts-Kommune bleiben.

Die Kreditermächtigung für Neuaufnahmen wird 3.573 T€ betragen. Die Tilgung der Investitionskredite beläuft sich auf 1.409 T€, so dass die Verbindlichkeit aus Krediten für Investitionen um 2.164 T€ ansteigen wird. Gegenüber dem Saldo aus Investitionstätigkeit ist die Kre-

ditaufnahme um 65 T€ niedriger veranschlagt, weil für den Straßenausbau Zum Hornbruch (südlich) ein Teilbetrag aus einem bereits im Jahr 2006 eingezahlten Kostenbeitrag der LEG verwendet wird. Von dem Saldo aus Investitionstätigkeit entfallen auf die Abwasserbeseitigung 3.296 T€, auf das Bestattungswesen 7 T€, auf Straßenreinigung und Abfallbeseitigung 3 T€ sowie auf den allgemeinen Haushalt 332 T€.

2.2 Ergebnisplan 2009

Der Ergebnisplan beinhaltet alle Erträge und Aufwendungen einer Planungsperiode und ist mit der Gewinn- und Verlustrechnung des kaufmännischen Bereiches vergleichbar. Er ersetzt den bis zum Haushaltsjahr 2007 aufgestellten Verwaltungshaushalt und gibt einen Überblick über die voraussichtliche finanzwirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bergneustadt. Die Frage des Haushaltsausgleichs wird einzig am Resultat des Ergebnisplanes festgemacht: wird das Eigenkapital voraussichtlich vermindert, ist der städtische Haushalt grundsätzlich nicht ausgeglichen.

Der Ergebnisplan bildet insgesamt 6 Haushaltsjahre ab, und zwar:

- Rechnungsergebnis des Vorjahres (2007)
- Planansatz des Vorjahres (2008)
- Planansatz neues Haushaltsjahr (2009)
- Planansätze für die 3 auf das Haushaltsjahr folgenden Jahre (2010-2012)

Der Ergebnisplan müsste also Werte von 2007 - 2012 aufweisen. Dies ist jedoch mit dem vorliegenden Planwerk noch nicht möglich, weil durch die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik zur Doppik die kameralen Zahlen des Jahre 2007 mit der neuen Systematik nicht mehr vergleichbar sind. Aus diesem Grunde kann derzeit nur ein 5-jähriger Planungszeitraum dargestellt werden. Erst der Haushaltsplan 2010 wird wieder eine vollständige Zeitreihe aufweisen.

2.2.1 Gesamtergebnisplan

Im Gesamtergebnisplan (siehe Seiten 2 und 3) werden alle Haushaltspositionen der später abgebildeten Teilergebnispläne zusammengefasst; lediglich die internen Leistungsbeziehungen werden ausschließlich in den Teilplänen nachgewiesen. Da eine Zusammenfassung der Erträge und Aufwendungen in lediglich 13 Positionen naturgemäß nur sehr grob ausfallen kann und auch die jetzt verwendeten Beschreibungen der entsprechenden Ertrags- der Aufwandskonten vielfach nicht der Terminologie im kamerale Haushaltsrecht bis 2007 entsprechen, sollen nachstehend die Positionen des Gesamtergebnisplanes erläutert werden. Gleichzeitig wird damit ein genereller Überblick über den Gesamtaufbau des Ergebnisplanes möglich, wie ihn der frühere kamerale Haushalt bisher nicht geboten hat.

Die nachstehenden Erläuterungen beschränken sich in der Regel entweder auf besonders umfangreiche Positionen, oder aber auf Positionen von besonderer Bedeutung, die sich durch die Überschrift nicht selbst erklären.

2.2.2 Erträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Position gliedert sich wie folgt auf

	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009
Grundsteuer A	19.376	18.970	20.000	20.000
Grundsteuer B	2.126.864	2.123.913	2.180.000	2.200.000
Gewerbsteuer	2.771.022	3.288.180	3.500.000	3.500.000
Gemeindeanteil Einkommensteuer	4.907.070	5.639.234	5.821.800	6.155.700
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	578.052	652.434	670.900	715.800
Sonstige Vergnügungssteuer	78.247	76.416	70.000	74.000
Hundesteuer	68.078	65.104	65.000	63.000
Erstattung Solidarbeitrag	0	45.855	0	0
Kompensationszahlung	437.997	531.148	542.100	555.200
Steuern und ähnliche Abgaben	10.986.706	12.441.254	12.869.800	13.283.700

Die Hebesätze für die **Grundsteuern A und B** wurden zuletzt ab 2008 um jeweils 10 v.H. angehoben, um mit dem zu erwartenden Mehrertrag die Erhöhung der Umlage des Aggerverbandes für die Gewässerunterhaltung zu finanzieren. Der Hebesatz für die Grundsteuer A beträgt 290 v.H.; der Ansatz 2009 wurde errechnet auf der Grundlage der aktuellen Messbeträge von 6.800 €. Der Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt 410 v.H.; der Ansatz 2009 wurde errechnet auf der Grundlage der aktuellen Messbeträge von 536.391 €.

Der **Gewerbesteuerhebesatz** ist zuletzt 2003 auf 430 v.H. angehoben worden und soll bis auf weiteres in dieser Höhe beibehalten werden. Das Veranlagungssoll der Gewerbesteuer 2008 beträgt derzeit 3,5 Mio €; darin enthalten sind laufende Vorauszahlungen in Höhe von 2,5 Mio €. Eine gesicherte Prognose zur Entwicklung des Ertrags aus der Gewerbesteuer ist derzeit nicht möglich; erwartet wird jedoch, dass in 2009 wiederum ein Gesamtsoll in ähnlicher Höhe erreicht wird.

Für das Jahr 2009 wurden die **Hebesätze der Realsteuern** vom Rat in seiner Sitzung am 10.12.2008 in Form einer Hebesatzsatzung festgesetzt.

Der **Beteiligung an der Einkommensteuer** liegt die ab dem Jahr 2009 neu festgesetzte Schlüsselzahl des Statistischen Landesamtes (0,0009656) zu Grunde. Die Berechnung der Einnahmeerwartung für 2009 beruht auf den vom Land am 02.10.2008 bekannt gegebenen Orientierungsdaten (6.375 Mio €).

Als Folge der damaligen Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer erhalten die Kommunen als Ausgleich einen **Anteil** von 2,2 Prozent am Aufkommen der **Umsatzsteuer**. Die Verteilung erfolgt auf der Grundlage eines vom Statistischen Landesamtes (ab 2009 neu) berechneten Schlüssels (0,000832354). Die Berechnung der Einnahmeerwartung für 2009 beruht auf den vom Land am 02.10.2008 bekannt gegebenen Orientierungsdaten (860 Mio €).

Der Ansatz der **Vergnügungssteuer** bemisst sich nach der Anzahl und dem Umsatz der in Bergneustadt aufgestellten Geldspielgeräte.

Bereits in 2005 beschlossen, in den Auswirkungen jedoch erst spürbar ab dem Haushaltsjahr 2008, ist eine Änderung im Gemeindefinanzausgleich. Die bisherige Abrechnung des **Solidarbeitrages** auf der Grundlage der Gesamtsteuerkraft einer Kommune ist ersatzlos gestrichen worden. Nunmehr erfolgt die Festsetzung des Solidarbeitrags abschließend alleine in Anlehnung an die Höhe der Gewerbesteuererhebungen des jeweiligen Haushaltsjahres.

Die sogenannte **Kompensationszahlung** zum Familienleistungsausgleich wird den Kommunen seit 1998 als Ausgleich für eine Systemumstellung bei der Kindergeldfinanzierung gewährt. Die dadurch verursachten überproportionalen Mindereinnahmen der Kommunen beim Einkommensteueranteil werden durch Abtretung von Umsatzsteueranteilen des Bundes finanziert. Die Verteilung erfolgt nach dem jeweils aktuellen Schlüssel der Einkommensteuerbeteiligung. Die Berechnung der Einnahmeerwartung für 2009 beruht auf den vom Land am 02.10.2008 bekannt gegebenen Orientierungsdaten (575 Mio €) und der Schlüsselzahl für Bergneustadt (0,0009656).

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die **Schlüsselzuweisungen** 2009 belaufen sich nach dem Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 24.03.2009 auf 10.000.069 €.

Die Allgemeinen Zuweisungen vom Land beinhalten die auf den Ergebnishaushalt entfallenden Anteile **der Schul- und Bildungspauschale** sowie der **Sportpauschale**.

Nach dem vorgenannten Bescheid wird die Stadt Bergneustadt 2009 insgesamt eine

Schul-/Bildungspauschale von 626.237 €

und eine

Sportpauschale von 54.487 €

erhalten. Die Schul- und Bildungspauschale soll 2009 sowohl für investive Maßnahmen (154.800 €) als auch für den Erhalt bzw. die Sanierung im Bereich Schule (471.200 €) verwendet werden. Die Sportpauschale soll in 2009 in voller Höhe für die bereits vollzogene Sanierung des Lehrschwimmbeckens verwendet werden.

Für den Betrieb der **Offenen Ganztagsgrundschulen** wird eine Landeszuweisung in Höhe von 125.400 € (820 € je Kind) und ein Kreiszuschuss von 60.000 € (12.000 € je Gruppe) erwartet. Für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von **ausländischen Flüchtlingen** zahlt das Land eine pauschale Zuweisung von 54.800 €. Die Zuweisungen (Land/Kreis) für die Arbeit in den **Begegnungsstätten** ist mit 33.770 € veranschlagt.

Zweckgebundene **Zuwendungen** für investive Maßnahmen werden **als Sonderposten passiviert**. Entsprechend der Abschreibungsdauer der zugeordneten Vermögensgegenstände sind die Sonderposten anschließend ertragswirksam aufzulösen. Dies gilt in gleicher Weise für Maßnahmen, die aus Mitteln der allgemeinen Investitionspauschale, der Schul- und Bildungspauschale sowie der Sportpauschale finanziert worden sind. Die Summe der Auflösungen ergibt für 2009 einen Betrag von 1.601.995 €. Der veranschlagte Auflösungsertrag ist nicht liquiditätswirksam.

Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte

Veranschlagt sind hier unter anderem Verwaltungsgebühren (128.250 €), Benutzungsgebühren für die Abwasserbeseitigung (5.893.200 €), Gebühren für die Straßenreinigung (237.600 €), Benutzungsgebühren für Übergangsheime (80.000 €), Elternbeiträge Offene Ganztagschule (74.000 €), Elternbeiträge für Mittagessen (42.600 €), Gebühren für das Bestattungswesen (337.600 €), Entnahmen aus Gebührenaussgleichsrücklagen (137.100 € Abwasserbeseitigung, 78.600 € Straßenreinigung) und die Auflösung von Sonderposten für Beiträge nach dem BauGB und nach KAG (251.748 €).

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Erträge für privatrechtliche Leistungsentgelte sind insbesondere veranschlagt für Mieten und Pachten (460.970 €), Entgelte für Musikkurse (178.000 €) und Benutzungsentgelte Freibad (38.000 €).

Erträge aus Kostenerstattungen/Umlagen

Erstattungen werden vereinnahmt insbesondere für die Durchführung der Senioren- und Pflegeberatung (52.000 €), vom Abfall-, Sammel- und Transportverband (55.000 €) und vom Aggerverband für Regenüberlaufbecken (54.300 €).

Sonstige ordentliche Erträge

Konzessionsabgaben sind hier veranschlagt in Höhe von 776.000 € (698.000 € für Strom/Gas und 78.000 € für Wasser). Weitere ordentliche Erträge ergeben sich insbesondere aus Buß-/Verwarnungsgeldern (53.000 €), aus Vollstreckungsgebühren und Säumniszuschlägen (30.000 €) sowie aus der Auflösung von Sonderposten (69.287 €). Aus der Auflösung von Rückstellungen resultieren für den Personalbereich ein Ertrag von 173 T€ (Pensionsrückstellung), für den Schulbereich ein Ertrag von 1.588 T€ (Rückstellung für unterlassene Instandhaltung), für Straßen ein Ertrag von 1.076 T€ (Rückstellung für unterlassene Instandhaltung) und 5 T€ aus der Rücklage Freibad (für den Abriss Sprungturm).

Aktivierete Eigenleistungen

Infolge von Ingenieurleistungen im Fachbereich 3 und durch investive Leistungen des Baubetriebshofs können Personalkosten als abschreibungsfähige Herstellungskosten berücksichtigt werden. Die ertragswirksame Aktivierung vermindert den Personalaufwand des laufenden Jahres und verteilt diesen Aufwand über die Abschreibung auf die Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes. Der Arbeitsaufwand für Investitionsmaßnahmen wird durch Arbeitsaufzeichnungen nachgewiesen und wurde für 2009 zunächst mit 233.000 € für Ingenieurleistungen und mit 15.000 € für Leistungen des Baubetriebshofs eingeplant.

Finanzerträge

Hier werden insbesondere die erwarteten Erträge aus Gewinnanteilen an der AggerEnergie GmbH (262.000 €) und Gewinnanteile der Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt (74.000 €) dargestellt.

2.2.3 Aufwendungen

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurde gegenüber dem Vorjahr für 2009 eine Steigerungsrate von 2,0 % eingeplant. Die Orientierungsdaten des Innenministeriums vom 02.10.2008 sehen für lineare und strukturelle Steigerungen + 3,0 % vor. Zu den errechneten Personalaufwendungen in Höhe von 5.944 T€ kommen insbesondere hinzu die Beiträge zur Versorgungskasse mit 650 T€, für Beihilfen 50 T€, die Vergütung der sonstigen Beschäftigten (Musikschule) 140 T€ und die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit 396 T€ (zur Auflösung von Pensionsrückstellungen siehe Ziffer 2.2.2). Für Beihilfen der Versorgungsempfänger wurden 120 T€ veranschlagt.

Die Zuordnung der Personalkosten 2008 zu Produktgruppen basierte auf den kameralen Strukturen. Tatsächlich verbucht wurden die Personalaufwendungen 2008 auf den detaillierteren Organisationskostenstellen, so dass für 2009 eine kostenstellenscharfe Planung der Personalkosten erfolgen konnte. Hierdurch ergeben sich innerhalb der Teilergebnispläne 2009 gegenüber den Personalkostenansätzen 2008 teilweise deutliche Verschiebungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Unter dieser Position des Ergebnisplanes ist eine Vielzahl von Kostenarten zusammengefasst. Der Gesamtbetrag der hier ausgewiesenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigt von 5,1 Mio € im Jahr 2008 auf rund 12 Mio € im Jahr 2009 deutlich an. Grund hierfür ist insbesondere, dass der Aufwand aus den Sanierungen an Schulgebäuden im Rahmen des PPP-Projektes mit 5,7 Mio € entsprechend eingeplant wurde (siehe auch Ziffer 2.2.7).

Die Bewirtschaftungskosten für Heizung, Reinigung, Strom, Wasser und Grundbesitzabgaben wurden auf der Grundlage der tatsächlichen Aufwendungen im Jahr 2008 geplant; unter Berücksichtigung aller derzeit bekannten Daten wurde bei den Energiekosten für Verbrauchs- und Preisänderungen eine Steigerung von rund 10 % berücksichtigt.

Für größere Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden (außer Schulgebäude) sind 246 T€ vorgesehen; insbesondere sind dies:

- der Austausch der Tore in der Feuerwache Talstraße (150.000 €)
- die Erneuerung des Heizkessels im Feuerwehrgerätehaus Klein-Wiedenest (9.500 €)
- die Erneuerung des Heizkessels im Feuerwehrgerätehaus Hackenberg (9.500 €)
- die Erneuerung von Bädern und WC's (12.000 €) sowie die Verschieferung der Wetterseiten (9.000 €) am Übergangshaus Dreiort
- Sanierung der WC-Anlagen im Kindergarten Voßbicke (11.000 €)
- die Erneuerung des Heizkessels in der Turnhalle Pernze (8.500 €)

- Abriss Sprungturm Freibad (5.200 €)
- Erneuerung von Außentüren (11.000 €), Sanierung der "Teppich"-Wand (8.000 €), Ergänzungen des Behinderten WC (2.000 €) und Flucht- und Rettungswegpläne (2.000 €) für die Begegnungsstätte Hackenberg
- die Erneuerung des Heizkessels im ehemaligen Hausmeisterhaus Gymnasium (8.500 €)

Der überwiegende Teil der vorstehenden Sanierungsmaßnahmen war bereits im Haushaltsplan für das Jahr 2008 veranschlagt; die vorgenannten Maßnahmen konnten jedoch in 2008 nicht durchgeführt werden.

Für den Sanierungsaufwand an Straßen ist im Haushaltsjahr 2009 ein Ansatz in Höhe von 1.076 T€ veranschlagt.

Trotz rückläufiger Schülerzahlen sinkt der Ansatz für Schülerbeförderungskosten nur geringfügig (von 558 T€ auf 550 T€), da für die Zeit ab 01.01.2009 eine Tarifierhöhung um 3,3 % angekündigt wurde.

Bilanzielle Abschreibungen

Die hier berücksichtigten Abschreibungen für die Abnutzung des Anlagevermögens sollen, soweit sie nicht durch die Auflösung von Sonderposten neutralisiert werden, erwirtschaftet werden. Insoweit kommt es dadurch im Vergleich zum bisherigen kameralen Haushalt zu einer zusätzlichen Belastung des Haushaltsausgleiches. Abschreibungen führen jedoch nicht unmittelbar zu Auszahlungen.

Transferaufwendungen

Laut Definition sind Transferaufwendungen Leistungen der Stadt an Dritte, die keinen Anspruch auf eine konkrete Gegenleistung beinhalten. Es sind die „verlorenen Zuschüsse“, die den Haushalt belasten, ohne dass dadurch ein messbarer Ertrag erzielt werden könnte. Der Vollständigkeit halber muss darauf hingewiesen werden, dass einem Teil der Transferaufwendungen auch Landeszuschüsse gegenüber stehen. Transferaufwendungen stellen den mit Abstand größten Block dar.

Die Transferaufwendungen enthalten unter anderem die

- Weiterleitung eines Teilbetrages der Schulpauschale an den Sonderschulzweckverband (13.000 €)
- Umlage an den Aggerverband für Schmutzwasser- und Niederschlagswassereinleitung (2.705.000 €)
- Umlage an den Aggerverband für die Gewässerunterhaltung (88.500 €)
- Einmalige und laufende Leistungen für Asylbewerber (185.000 €)
- Krankenhilfe für Asylbewerber (65.000 €)
- Beteiligung der Stadt Bergneustadt an der Krankenhausfinanzierung des Landes (232.000 €)
- Kreisumlage (13.748.000 €)
- Gewerbesteuerumlage (260.000 €)
- Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage (277.000 €)

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Aufwendungen verteilen sich auf eine Vielzahl von Kostenarten; aus der nachstehenden Tabelle sind die größeren Posten ersichtlich. Die Bezeichnungen sind weitgehend selbsterklärend, deshalb wird auf detaillierte Ausführungen an dieser Stelle verzichtet.

	2009
- Aus- und Fortbildung, Umschulung	52.800
- Reisekosten	12.190
- Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	14.560
- Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.900
- Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	260.000
- Aufwendungen ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	188.300
- Aufwendungen für Inanspruchnahme Rechte/Dienste	1.721.530
- Büromaterial	55.880
- Verbrauchsmaterial	73.600
- Zeitungen und Fachliteratur	25.100
- Porto	56.350
- Telefon	35.720
- Andere sonstige Geschäftsaufwendungen	23.840
- Haftpflichtversicherung	45.140
- Unfallversicherung	165.270
- Gebäudeversicherung	56.950
- Kfz-Versicherung	24.120
- Beiträge zu Verbänden und Vereinen	15.740
- Erstattungszinsen Gewerbesteuer	15.000

Der Ansatz für Prüfung, Beratung und Rechtsschutz beinhaltet u.a.

- Beratungsleistungen kommunales Finanz- und Zinsmanagement (26.900 €)
- Beratungsleistungen zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz (10.000 €)
- PPP Vertrags- und Baucontrolling (189.000 €)
- externe Beratung zum Kostensenkungspotential bei Dienstleistungen des Baubetriebshofs (20.000 €)

In dem unter dem Sachkonto „Aufwendungen für Inanspruchnahme Rechte/Dienste“ veranschlagten Betrag sind insbesondere enthalten

- Kanalreinigung durch den Aggerverband (57.000 €)
- Reinigung der Straßeneinläufe (22.000 €)
- Betriebs- und Unterhaltungskosten für den Abwassersammler Oberagger (45.500 €)
- Kehrdienst durch die Stadt Gummersbach im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit (60.900 €)
- Straßenwinterdienst durch Unternehmer und durch den Landschaftsverband (68.500 €)
- Personalkosten- und Beihilfeberechnung durch die Rheinische Versorgungskasse (33.100 €)
- Nutzungsentgelt (Teilbetrag) an die Firma SKE Facility Management GmbH (1.417.530 €)

Finanzaufwendungen

Im Vergleich zum Haushaltsansatz des Vorjahres (2.132 T€) steigen die für 2009 veranschlagten Zinsen um 338 T€, hiervon entfallen 244 T€ auf die erstmals berücksichtigten Zinsen für PPP-Maßnahmen (siehe auch Ziffer 2.2.7).

Für langfristige Darlehn wurden die Zinsen detailliert ermittelt. Dabei wurden für Neuaufnahmen 5,0 % angesetzt. Im Übrigen richtet sich die Veranschlagung nach der jeweiligen Zinsvereinbarung. Zinsen für Liquiditätskredite (3,0 %) sind in Höhe von 416 T€ berücksichtigt, während im Vorjahr Kassenkreditzinsen (4,5 %) in Höhe von 360 T€ veranschlagt waren.

Haushaltsausgleich

Der Haushaltsausgleich wird nach § 75 Gemeindeordnung (GO) einzig an Ergebnisplan und -rechnung festgemacht. Der Haushalt ist demnach ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Der vorgelegte Haushalt ist weder für 2009 noch für die Finanzplanungsjahre bis 2012 ausgeglichen.

	2009	2010	2011	2012
Erträge	- 38.470.830	- 40.015.897	- 37.758.567	- 39.025.032
Aufwendungen	47.125.204	45.674.773	41.265.559	42.073.293
Fehlbedarf	8.654.374	5.658.876	3.506.992	3.048.261

In diesem Falle zieht jedoch die ebenfalls in § 75 Abs. 2 Satz 3 GO enthaltene Fiktion, dass die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich dann als erfüllt gilt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan oder Ergebnisrechnung auch durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Bei der Ausgleichsrücklage handelt es sich nicht um eine Rücklage im bisher bekannten kameralen Sinne. Sie ist prinzipiell nicht in liquiden Mitteln vorhanden, sondern wird im Rahmen der Eröffnungsbilanz als ein gesonderter Teil des Eigenkapitals ausgewiesen. Sie darf bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals gebildet werden, höchstens jedoch bis zur Höhe eines Drittels der durchschnittlichen jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen der letzten 3 Jahre vor Umstellung auf das NKF. Nach den durchschnittlichen Steuereinnahmen wird die Ausgleichsrücklage voraussichtlich 6,3 Mio € betragen.

Die absehbare Entwicklung der Haushaltswirtschaft ist anhand der Ergebnisplanung bis zum Jahr 2012 dargestellt. Hieraus ergibt sich die folgende voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals:

Bilanzposition	Eröffnungsbilanz 01.01.2008	Planwert zum 31.12.2008	Planwert zum 31.12.2009	Planwert zum 31.12.2010	Planwert zum 31.12.2011	Planwert zum 31.12.2012
Allgemeine Rücklage <i>(Jahresergebnis eingerechnet)</i>	22.807.211 €	22.807.211 €	16.597.987 €	10.939.111 €	7.432.119 €	4.383.858 €
Sonderrücklagen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Ausgleichsrücklage	6.345.150 €	2.445.150 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Jahresüberschuss	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Jahresfehlbetrag	0 €	3.900.000 €	8.654.374 €	5.658.876 €	3.506.992 €	3.048.261 €

2.2.4 Gesamtfinanzplan

Im Finanzplan (siehe Seiten 15 - 17) werden alle Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und für Investitionen ausgewiesen, die das Geldvermögen der Stadt verändern. Ziel des Finanzplanes ist die Planung der Liquidität und die Festlegung des gegebenenfalls notwendig werdenden Kreditbedarfes für Investitionen im Haushaltsjahr bzw. im Planungszeitraum.

Etwas verkürzt kann der Finanzplan bezüglich der Investitionstätigkeit auch mit dem kameralen Vermögenshaushalt bis zum Haushaltsjahr 2007 verglichen werden, weil hier alle Investitionsmaßnahmen dargestellt werden. Im vorliegenden Haushaltsplan sind die veranschlagten Investitionen tabellarisch ab Seite 325 aufgelistet. Außerdem sind ab Seite 343 die investiven Maßnahmen in Form des bisher bekannten kameralen Investitionsprogramms abgedruckt; an dieser Stelle sind die Investitionsmaßnahmen auch erläutert.

Mit Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement werden ab dem Haushaltsjahr 2008 auch „geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) unterhalb der Wertgrenze von 410 € netto“ veranschlagt. Diese Anschaffungen werden unter einer gesonderten Kostenart geführt und führen zu einer unmittelbaren Gesamtabschreibung innerhalb des Haushaltsjahres.

2.2.5 Finanzierungstätigkeit, Schuldenentwicklung

In den Zeilen 33 und 34 des Gesamtfinanzplanes werden Tilgungszahlungen für aufgenommene Kredite und die Einzahlungen aus neu aufzunehmenden Krediten dargestellt. Während für das Haushaltsjahr 2008 in diesen Ansätzen auch die vorgesehene Umschuldung (7.500 T€) berücksichtigt war, ist die Umschuldung ab dem Haushaltsjahr 2009 nicht mehr im Haushaltsplan dargestellt. Auf die „Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten“ auf Seite 324 wird verwiesen.

2.2.6 Schulen

Bereits ab dem Haushaltsjahr 1995 wurden für die Bergneustädter Schulen Finanzbudgets zur gemeinsamen Mittelbewirtschaftung eingerichtet. In diesen Budgets wurden insbesondere Mittel für die Unterhaltung und Anschaffung von Schulinventar, Miete für Fotokopiergeräte, Schulsachkosten, Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz und Geschäftsausgaben bereitgestellt. Sinkende Schülerzahlen haben aufgrund der festgelegten Berechnungssystematik in den vergangenen Jahren (insbesondere bei Grundschulen) zu teilweise deutlichen Ansatzreduzierungen geführt. Ab dem Haushaltsjahr 2008 sollen diese Auswirkungen durch die Festlegung eines Sockelbetrages abgefedert werden. Dazu wurden die Mittel für Schulinventar, Kopierermiete und Geschäftsausgaben zu einem Sockel zusammengefasst, während die Ansätze für Schulsachkosten und Lernmittel auch weiterhin entsprechend der Schülerzahl variabel sind.

Im Rahmen der Neuberechnung der Budgets für das Haushaltsjahr 2008 wurden Fehlentwicklungen der Vergangenheit berichtigt. Bei der Neuberechnung wurde auch berücksichtigt, dass einzelne Aufwendungen ab März 2008 von der Firma SKE Facility Management GmbH direkt gezahlt werden (Feuerlöscher, Turn- und Sportgeräte). Die bis einschließlich 2007 noch wirksame Reduzierung der Ansätze für Schulsachkosten und Lernmittel um 5 % wurde ab 2008 aufgehoben.

Für die Schulbudgets des Jahres 2009 ergeben sich folgende Beträge:

- GGS Bursten	24.100 €	einschl. 400 € für den Erwerb von GWG (s.u.)
- GGS Hackenberg	18.900 €	einschl. 400 € für den Erwerb von GWG (s.u.)
- GGS Wiedenest	12.800 €	einschl. 400 € für den Erwerb von GWG (s.u.)
- KGS Bergneustadt	12.800 €	einschl. 400 € für den Erwerb von GWG (s.u.)
- Hauptschule	45.000 €	einschl. 2.000 € für den Erwerb von GWG (s.u.)
- Realschule	50.000 €	einschl. 2.000 € für den Erwerb von GWG (s.u.)
- Gymnasium	58.800 €	einschl. 2.000 € für den Erwerb von GWG (s.u.)

Für die Beschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen (einschließlich Unterrichtsbedarf) wurde in den vergangenen Jahren für die weiterführenden Schulen jährlich ein Betrag von je 9.000 € und für die Grundschulen ein Gesamtbetrag von 15.000 € -aufgeteilt nach der Anzahl der Schüler- bereitgestellt. Ab März 2008 wird der überwiegende Teil dieser Beschaffungen direkt von der Firma SKE Facility Management GmbH geleistet. Ab dem Haushaltsjahr 2009 werden die vorstehenden Ansätze grundsätzlich halbiert; ausnahmsweise wird in 2009 ein Teilbetrag des nicht in Anspruch genommenen Ansatzes 2008 zusätzlich bereit gestellt. Damit werden für investive Beschaffungen in 2009 folgende Beträge bereitgestellt:

- GGS Bursten	3.400 €	zzgl. 400 € für den Erwerb von GWG
- GGS Hackenberg	3.600 €	zzgl. 400 € für den Erwerb von GWG
- GGS Wiedenest	1.500 €	zzgl. 400 € für den Erwerb von GWG
- KGS Bergneustadt	3.200 €	zzgl. 400 € für den Erwerb von GWG
- Hauptschule	9.000 €	zzgl. 2.000 € für den Erwerb von GWG
- Realschule	9.000 €	zzgl. 2.000 € für den Erwerb von GWG
- Gymnasium	6.000 €	zzgl. 2.000 € für den Erwerb von GWG.

Einmalig werden für die Hauptschule im Haushaltsjahr 2009 die in 2007 eingesparten 3.500 € zusätzlich bereit gestellt; für das Haushaltsjahr 2009 ergibt sich somit ein Betrag von 12.500 €.

2.2.7 PPP-Maßnahme Schulen

Der am 30.01.2008 abgeschlossene und am 01.03.2008 in Kraft getretene PPP-Vertrag mit der Fa. SKE Facility Management GmbH, Mannheim beinhaltet die Sanierung (Instandsetzungen und Neuinvestitionen) aller 7 Bergneustädter Schulen und Nebengebäude bis zum 06.09.2010 und den laufenden Betrieb bis zum 31.12.2032. Hierfür ist ein monatliches Nutzungsentgelt (Zeile 10) zu zahlen, das nach Durchführung der beiden Sanierungsphasen ab August 2009 und September 2010 um den jeweiligen Kapitaldienst für die Sanierungen und die Kosten der Zwischenfinanzierung ansteigt.

Nach den Grundsätzen doppischer Buchführung sind die Instandsetzungen zum Zeitpunkt des Entstehens als Aufwand in die Ergebnisrechnung einzustellen. Für die bereits am 01.01.2008 festgestellten unterlassenen Instandhaltungen wird in der NKF-Eröffnungsbilanz 2008 eine Rückstellung gebildet, die im Jahr der Durchführung dieser Instandhaltung aufgelöst wird (Zeile 5). Die unterlassenen Instandhaltungen belasten den Ergebnishaushalt nicht. Im Anlagevermögen der Eröffnungsbilanz werden die Schulobjekte wertmäßig so berücksichtigt, als ob diese Instandsetzungen bereits durchgeführt wären.

Im Haushaltsplan 2008 beschränkte sich die Veranschlagung auf die Nutzungsentgelte. Dies hat sich als falsch herausgestellt. Tatsächlich werden auch bereits 2008 die Instandsetzungen als Aufwand gebucht. Ein Teil der Instandsetzungen 2008 bis 2010 wird aus den laufenden Zahlungen auf das Instandhaltungskonto finanziert. Daher werden diese Zahlungen nur zu 50 % (2009: 50 % = 510.900 €) als laufende Betriebskosten je Schule (Zeile 2) im Aufwand berücksichtigt, um eine Doppelveranschlagung zu vermeiden.

Der im Ergebnisplan enthaltene Aufwand ist für die Jahre 2008 bis 2010 deutlich höher als das Nutzungsentgelt. Ab 2011 bis zum Ende der Betriebsphase 2032 tritt grundsätzlich der umgekehrte Fall ein. Allerdings ist das Nutzungsentgelt zahlungswirksam und belastet somit die Liquidität. Der im Ergebnisplan dargestellte Aufwand (Zeile 6) stellt sich zu den aus dem Ergebnisplan tatsächlich zu zahlenden Nutzungsentgelten (einschließlich Zinsen, Zeile 7) wie folgt dar (siehe nachstehende Übersichten):

2008 = + 1.278.000 € 2009 = + 3.640.880 € 2010 = + 1.040.570 € 2011 = - 530.880 € 2012 = - 541.520 €

GGG Bursten, Produkt 03.01.01

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	0	432.000	432.000	0	0
2 Laufende Betriebskosten	268.800	250.780	215.040	204.430	208.500
3 Zinsen	0	0	27.760	81.440	79.250
4 Summe laufende Kosten	268.800	682.780	674.800	285.870	287.750
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	0	-190.000	-190.000	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	268.800	492.780	484.800	285.870	287.750
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	268.800	299.220	292.280	336.340	339.230
8 Tilgung	0	0	14.160	44.320	46.510
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	268.800	299.220	306.440	380.660	385.740
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200084.700)	0	347.000	347.000	0	0

GGG Hackenberg, Produkt 03.01.03

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	0	0	1.791.000	0	0
2 Laufende Betriebskosten	264.500	237.550	199.320	187.510	191.300
3 Zinsen	0	0	37.140	108.950	106.020
4 Summe laufende Kosten	264.500	237.550	2.027.460	296.460	297.320
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	0	0	-1.117.000	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	264.500	237.550	910.460	296.460	297.320
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	264.500	292.750	292.770	353.930	355.880
8 Tilgung	0	0	18.940	59.290	62.220
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	264.500	292.750	311.710	413.220	418.100
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200089.700)	0	0	54.000	0	0

GGW Wiedenest, Produkt 03.01.05

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	1.458.000	174.000	0	0	0
2 Laufende Betriebskosten	159.200	140.850	115.180	107.070	109.200
3 Zinsen	0	31.840	75.370	73.700	71.720
4 Summe laufende Kosten	1.617.200	346.690	190.550	180.770	180.920
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	-949.000	-100.000	0	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	668.200	246.690	190.550	180.770	180.920
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	159.200	206.530	225.150	216.060	216.920
8 Tilgung	0	15.410	38.400	40.070	42.050
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	159.200	221.940	263.550	256.130	258.970
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200088.700)	66.000	50.000	0	0	0

KGS Bursten, Produkt 03.01.07

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	160.000	81.000	0	0	0
2 Laufende Betriebskosten	134.300	122.880	104.020	98.250	100.270
3 Zinsen	0	1.330	4.000	3.910	3.800
4 Summe laufende Kosten	294.300	205.210	108.020	102.160	104.070
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	-77.000	0	0	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	217.300	205.210	108.020	102.160	104.070
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	134.300	150.220	134.570	129.270	131.680
8 Tilgung	0	640	1.920	2.020	2.120
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	134.300	150.860	136.490	131.290	133.800
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200085.700)	104.000	0	0	0	0

Summe aller Grundschulen

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	1.618.000	687.000	2.223.000	0	0
2 Laufende Betriebskosten	826.800	752.060	633.560	597.260	609.270
3 Zinsen	0	33.170	144.270	268.000	260.790
4 Summe laufende Kosten	2.444.800	1.472.230	3.000.830	865.260	870.060
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	-1.026.000	-290.000	-1.307.000	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	1.418.800	1.182.230	1.693.830	865.260	870.060
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	826.800	948.720	944.770	1.035.600	1.043.710
8 Tilgung	0	16.050	73.420	145.700	152.900
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	826.800	964.770	1.018.190	1.181.300	1.196.610
10 Investive Sanierungskosten	170.000	397.000	401.000	0	0

Hauptschule, Produkt 03.02.01

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	0	2.839.000	0	0	0
2 Laufende Betriebskosten	565.400	515.560	439.370	416.390	424.660
3 Zinsen	0	191.650	453.570	443.490	431.580
4 Summe laufende Kosten	565.400	3.546.210	892.940	859.880	856.240
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	0	-101.000	0	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	565.400	3.445.210	892.940	859.880	856.240
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	565.400	820.440	1.008.390	977.660	976.430
8 Tilgung	0	92.770	231.070	241.150	253.050
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	565.400	913.210	1.239.460	1.218.810	1.229.480
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200083.700)	4.000.000	4.967.000	0	0	0

Realschule, Produkt 03.03.01

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	500.000	800.000	681.000	0	0
2 Laufende Betriebskosten	451.700	399.210	337.200	318.250	324.590
3 Zinsen	0	0	0	0	0
4 Summe laufende Kosten	951.700	1.199.210	1.018.200	318.250	324.590
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	-250.000	-400.000	-480.000	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	701.700	799.210	538.200	318.250	324.590
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	451.700	501.770	441.760	424.900	433.410
8 Tilgung	0	0	0	0	0
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	451.700	501.770	441.760	424.900	433.410
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200087.700)	0	1.120.000	400.000	0	0

Gymnasium, Produkt 03.04.01

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	436.000	1.413.000	1.120.000	0	0
2 Laufende Betriebskosten	614.600	539.210	432.540	398.110	406.050
3 Zinsen	0	18.680	105.340	222.450	216.470
4 Summe laufende Kosten	1.050.600	1.970.890	1.657.880	620.560	622.520
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	0	-797.000	-676.000	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	1.050.600	1.173.890	981.880	620.560	622.520
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	614.600	688.730	671.360	756.670	761.380
8 Tilgung	0	9.040	53.680	121.020	127.000
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	614.600	697.770	725.040	877.690	888.380
10 Investive Sanierungskosten (Inv.Obj.Nr. 5.200086.700)	815.000	300.000	510.000	0	0

Summe aller Schulen

Aufwand / Auszahlungen einschl. Projektänderungsanträgen	2008	2009	2010	2011	2012
1 Laufende Instandsetzungskosten	2.554.000	5.739.000	4.024.000	0	0
2 Laufende Betriebskosten	2.458.500	2.206.040	1.842.670	1.730.010	1.764.570
3 Zinsen	0	243.500	703.180	933.940	908.840
4 Summe laufende Kosten	5.012.500	8.188.540	6.569.850	2.663.950	2.673.410
5 Auflösung Rückstellung für unterlassene Instandsetzungen	-1.276.000	-1.588.000	-2.463.000	0	0
6 Effektive Belastung des Teilergebnisplans (aus Teilprodukt PPP)	3.736.500	6.600.540	4.106.850	2.663.950	2.673.410
7 Nutzungsentgelt ohne Tilgung	2.458.500	2.959.660	3.066.280	3.194.830	3.214.930
8 Tilgung	0	117.860	358.170	507.870	532.950
9 Nutzungsentgelt mit Tilgung - zahlungswirksam	2.458.500	3.077.520	3.424.450	3.702.700	3.747.880
10 Investive Sanierungskosten	4.985.000	6.784.000	1.311.000	0	0

3. Kosten- und Leistungsrechnung

3.1 Interne Leistungsbeziehungen / Kosten- und Leistungsrechnung

Die Zielsetzung der produktorientierten Haushaltsplanung und der Rechnungslegung liegt in der vollständigen Abbildung des Ressourcenverbrauchs für die gesamte Geschäftstätigkeit der Stadt Bergneustadt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, die internen Leistungsbeziehungen auf der Produktgruppenebene in Planung und Rechnung in den Teilergebnisplänen darzustellen. Die Kosten- und Leistungsrechnung ermöglicht eine differenzierte Betrachtungsweise von Produkten und Kostenstellen und unterstützt damit das Streben nach einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Gemäß § 17 GemHVO müssen sich die internen Leistungsbeziehungen in Ertrag und Aufwand ausgleichen. Zur Abbildung und Berechnung der internen Leistungsbeziehungen wurde ein umfassendes Verrechnungsmodell im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung geschaffen. Nach den örtlichen Bedürfnissen der Gemeinde soll eine Kosten- und Leistungsrechnung zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung geführt werden. Der Bürgermeister regelt die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung und legt sie dem Rat hiermit zur Kenntnis vor.

Als Verrechnungsschlüssel dienen statistische Kennzahlen (zum Beispiel Anzahl der Beschäftigten, Nutzungsverhalten und Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Grundflächen, Anzahl der Fahrzeuge, Anhänger, Geräte und Maschinen gegebenenfalls mit differenzierter Gewichtung). Die interne Leistungsverrechnung ersetzt nicht die Gebührenbedarfsberechnung innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen.

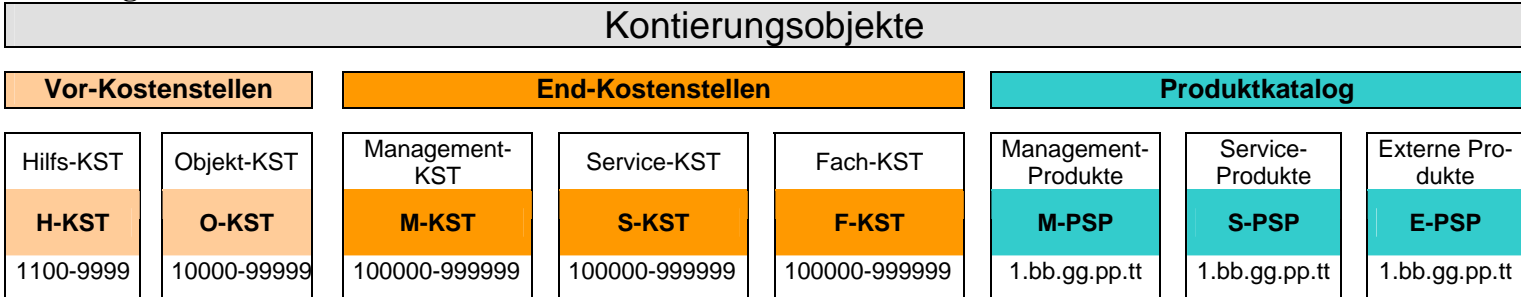
3.2 Grundzüge des Verrechnungssystems der Stadt Bergneustadt

Soweit Kosten unmittelbar einem Produkt zuzuordnen sind, werden sie als Produkteinzelkosten direkt auf dem jeweiligen Produkt gebucht. Erträge sind in der Regel immer einem Produkt zuzuordnen.

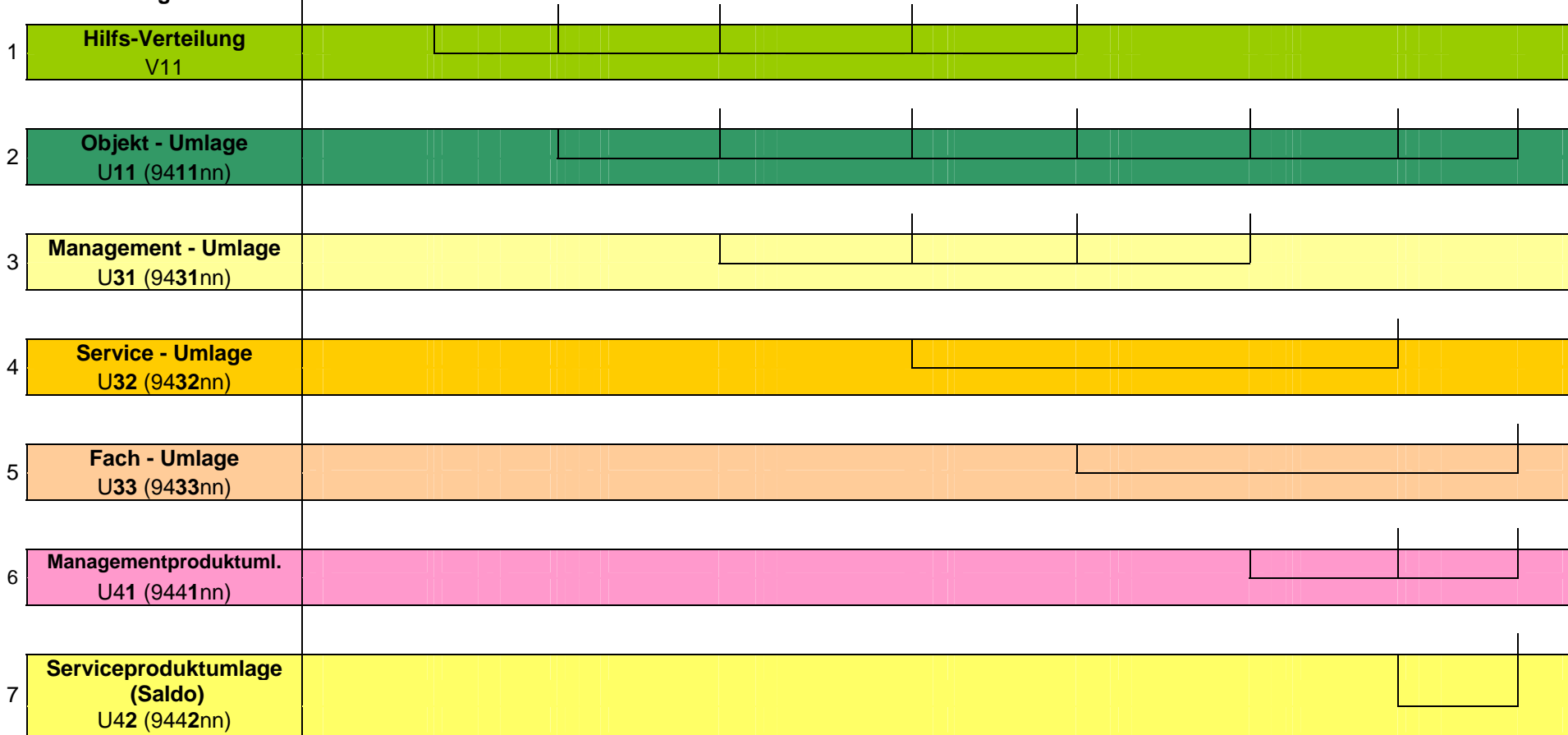
Ist eine eindeutige Zuordnung der Kosten auf ein Produkt nicht möglich oder aus Gründen der Transparenz nicht sinnvoll, so erfolgt eine Verbuchung auf Kostenstellen. Kostenstellen werden unterschieden in Vorkostenstellen sowie in Endkostenstellen. Zu den Vorkostenstellen gehören die für allgemeine Verrechnungen eingerichteten Hilfskostenstellen sowie die Objektkostenstellen (Liegenschaften, Gebäude, Fahrzeuge, Geräte usw.). Endkostenstellen sind in der Regel eingerichtet für Organisationseinheiten in der Verwaltung und gliedern sich in Management-, Service- und Fachkostenstellen. Die zu verrechnenden Kostenstellen werden anschließend nach einem vereinbarten Schlüssel an die entsprechende Endkostenstelle oder das Produkt verrechnet. Die interne Leistungsverrechnung erfolgt, wie auch in dem nachfolgenden Schaubild dargestellt, in mehreren Stufen:

Verrechnungsmodell der Stadt Bergneustadt in SAP:

Stand: 02.02.2008



Verrechnungstechniken:



1. Stufe - Hilfs-Verteilung V 11

Bei der Hilfsverteilung werden die Hilfskostenstellen nach bestimmten Schlüsseln auf die entsprechenden Objekt-, Management-, Service-beziehungsweise Fachkostenstellen verteilt. Sie können nicht direkt auf die Produkte abgerechnet werden, sondern benötigen als Zwischenstation immer eine Objekt- oder Endkostenstelle. Hierbei bleibt die Ursprungskostenart mit ihrer Bezeichnung erhalten. Die Verteilungsschlüssel sind zum Beispiel die Anzahl der Beschäftigten, prozentualer Beschäftigtenanteil, Nutzungsanteile an Dienstleistungen, Anzahl Fahrzeuge, Geräte, Maschinen mit unterschiedlicher Gewichtung etc.

2. Stufe - Objekt-Umlage U 11

Bei der Objektumlage werden die Objektkostenstellen überwiegend unmittelbar den Produkten zugeordnet. Lediglich die Umlage der von vielen Nutzern (gleich Kostenstellen) beanspruchten Objekte erfolgt unter Zuhilfenahme einer statistischen Kennzahl auf die zugehörigen Endkostenstellen, um somit eine sachgerechte Zuordnung zu erreichen. Die Objektumlage ist mit über 200 Sender-Kostenstellen die umfangreichste Umlageart im Verrechnungssystem, da jedes Gebäude, Fahrzeug usw. eine Kostenstelle darstellt. Objektkostenstellen tragen die sie betreffenden Aufwendungen sowie die Abschreibungen. Bei der Objektumlage bleiben die Ursprungskostenarten mit ihren Bezeichnungen nicht erhalten.

3. Stufe - Management-Umlage U 31

Im Rahmen der Managementumlage werden die Organisationskostenstellen auf die entsprechenden Managementprodukte umgelegt. Die Umlage der für die Fachbereichsleitungen eingerichteten Kostenstellen erfolgt über eine statistische Kennzahl auf die zugehörigen Produkte des Fachbereichs. Wie bei allen Umlagen (U 11 bis U 42) erfolgt auch bei den Management-Kostenstellen die Umlage über eine spezielle Umlagekostenart. Die Ursprungskostenart ist somit nicht mehr ersichtlich. Die Bezeichnung der Umlagekostenart entspricht der Stufe der Umlage, also z.B. 941100 für die Objektumlage U 11 und 944200 für die Serviceproduktumlage U 42.

4. Stufe - Service-Umlage U 32

Im Rahmen der Serviceumlage werden die Organisationskostenstellen, die überwiegend Serviceleistungen innerhalb der Verwaltung erbringen, auf die entsprechenden Serviceprodukte umgelegt. Dies geschieht in der Regel auf das entsprechende Produkt. Nur in wenigen Ausnahmefällen, in denen eine Servicekostenstelle Leistungen für mehrere Produkte erbringt, wird eine vorab ermittelte Aufteilung vorgenommen, und es erfolgt eine prozentuale Umlage auf die entsprechenden Produkte.

5. Stufe - Fach-Umlage U 33

Im Rahmen der Fachumlage werden die Organisationskostenstellen, die als Fachkostenstellen externe Leistungen direkt gegenüber den Bürgern erbringen, den entsprechenden externen Produkten zugeordnet. Dies erfolgt zu 100 %, wenn eine Sender-Fachkostenstelle nur an ein Empfänger-Produkt sendet. In den Fällen, in denen eine Fachkostenstelle an mehrere Produkte Leistungen erbringt, erfolgt auch hier eine prozentuale Aufteilung anhand eines vorab ermittelten statistischen Schlüssels.

6. Stufe - Managementproduktumlage U 41

Managementprodukte erbringen ihre Leistungen gegenüber der gesamten Verwaltung. Um eine möglichst genaue sachgerechte Zuordnung zu erreichen, erfolgt die Umlage über einen eigens ermittelten Stellenschlüssel. Mit ihm werden die Managementprodukte (der Produktgruppen 1.01.01 - Politische Gremien sowie 1.01.02 - Verwaltungsführung) im Rahmen der Managementproduktumlage auf die Serviceprodukte und externen Produkte umlegt.

7. Stufe - Serviceproduktumlage U 42

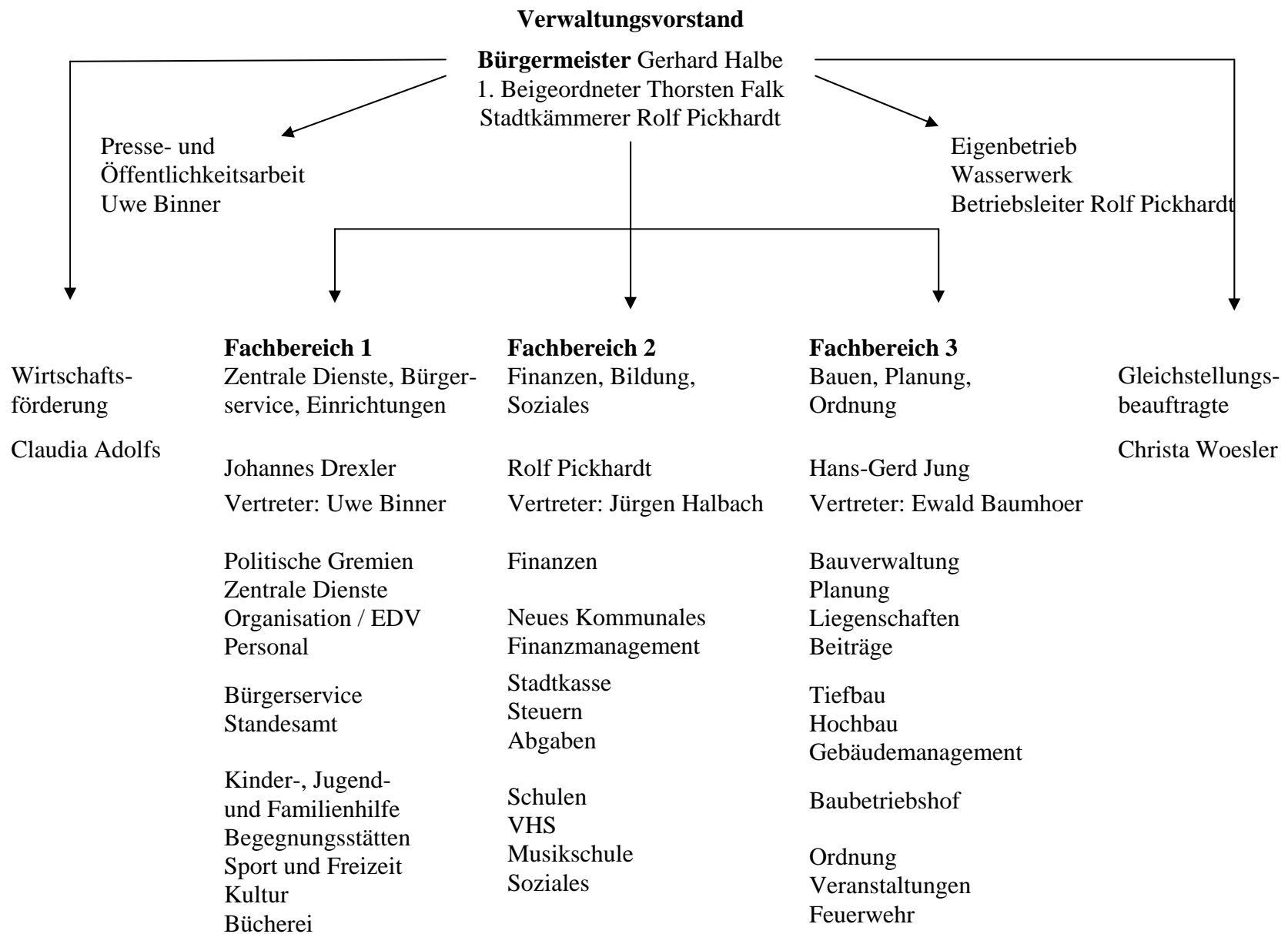
Die Serviceproduktumlage ist der letzte Verrechnungsschritt. Hier werden die Serviceprodukte auf die externen Produkte umgelegt. Zur Ermittlung eines möglichst genauen Umlageschlüssels wurden hier verschiedene Schlüssel in Form von statistischen Kennzahlen ermittelt. Somit ist es möglich, individuell für jedes Serviceprodukt den passenden Schlüssel basierend auf Stellenanteilen, Quadratmeterflächen oder Dienstleistungsbeziehungen zur Umlage auf die externen Produkte anzuwenden.

4. Ziele, Kennzahlen zur Zielerreichung, Berichtswesen

Im weiteren Verlauf der NKF-Umstellung in Bergneustadt sollen für die kommunale Aufgabenerfüllung produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs festgelegt sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. Die Ziele werden zwischen Rat und Verwaltung im Rahmen des Haushaltsplanes vereinbart. Um die Zielerreichung überprüfen zu können, sind zielbezogene quantitative und qualitative Leistungskennzahlen zu vereinbaren und festzulegen. Durch ein ebenfalls noch aufzubauendes aussagekräftiges Berichtswesen ist dann die Zielerreichung im Jahresverlauf zu überprüfen und gegebenenfalls gegenzusteuern.

Mit der Umstellung auf das kaufmännische Haushalts- und Rechnungswesen sollen sich den Entscheidungsträgern in der Gemeinde verbesserte Steuerungspotentiale eröffnen. Sie können insbesondere aus den verbesserten Erkenntnissen über das kommunale Vermögen und den vollständigen Ressourcenverbrauch gewonnen werden. Allerdings erfordern die sich aus dem NKF ergebenden tiefgreifenden Umstellungen von allen Beteiligten eine Neuorientierung und Umgestaltung der Entscheidungsprozesse.

5. Verwaltungsorganisation ab 1.10.2008



6. Produktkatalog der Stadt Bergneustadt

Die aufgeführten Produktbereiche (PB) entsprechen in Gliederungsziffern und Bezeichnungen den verbindlichen NKF-Vorgaben. Die aufgeführten Produktgruppen (PG) orientieren sich in Gliederungsziffern und Bezeichnungen an dem (noch) unverbindlichen NKF-Vorschlag. Der nachstehende Katalog gliedert sich in 65 PG mit insgesamt 94 Produkten.

PB	PG	Produkt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produktverantwortung
01			Innere Verwaltung	Seite 19		
01	01		Politische Gremien	Seite 23		
01	01	01	Politische Gremien		Ratsservice, Sitzungsdienst (Rat, Haushaltssicherungskonzept), kommunales Verfassungsrecht Tätigkeiten der Fachbereiche 2 und 3 im Zusammenhang mit Rat und den zu betreuenden Fachausschüssen und Kommissionen (Planungs-, Bau- und UmweltA; RPA; WahlprüfungsA; SportA; ASJSK; Schula; FeuerwehrA; Arbeitsgruppe Verkehrsberuhigung; Arbeitsgruppe Gebühren, Satzungen, Baubetriebshof; Arbeitsgruppe Gebäudeunterhaltung; Kleine Kommission)	Herr Drexler
01	02		Verwaltungsführung	Seite 27		
01	02	01	Verwaltungsführung		Strategische Ausrichtung und operative Steuerung des Gesamtbetriebs der Verwaltung	Bürgermeister / Verwaltungsvorstand
01	03		Gleichstellung von Frau und Mann	Seite 30		
01	03	01	Gleichstellungsangelegenheiten (intern und extern)		Verwaltungsinterne Frauenförderung – Begleitung bei strukturellen Veränderungen, Öffentlichkeitsarbeit – Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle, Vertretung in Fachgremien, externe Beratungen	Frau Woesler
01	04		Beschäftigtenvertretung	Seite 33		
01	04	01	Personalrat (und Schwerbehindertenvertretung)		Vertretung der Interessen und Belange sämtlicher Mitarbeiter/Innen der Stadt Bergneustadt in den von LPVG und Schwerbehindertengesetz (SchwbG) vorgesehenen Angelegenheiten. Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohle der Beschäftigten	Herr S. Halbe
01	05		Rechnungsprüfung	Seite 36		

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
01	05	01	Durchführung von Prüfungen		Kassenprüfung, Kassenbestandsaufnahme, Prüfung der Handvorschüsse, Mitwirkung bei der Abwicklung der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt, Begleitung der Prüfung im Rechnungsprüfungsausschuss und des Entlastungsverfahrens, Vorlage an die Aufsichtsbehörde, Mitwirkung bei der Bearbeitung von Prüfungsberichten, Vorprüfungszuständigkeiten nach der LHO	Herr Zimmermann
01	06		Zentrale Dienste	Seite 39		
01	06	01	Zentrale Dienste		Einkauf von Büromaterial, Reinigungsmaterial, Büromöbel, Büromaschinen / Bücher, Zeitschriften und Loseblattsammlungen; Druckerei, Fahrdienst / Dienstwagen, Post- und Botendienst, Hausdienste, Beflagung.	Herr Drexler
01	06	02	Verwaltungsarchiv		Bildung, Erschließung, Sammlung, Verwahrung und Pflege der Archivbestände; Sichtung und Bestandssicherung archivwürdigen Materials in Zwischenarchiv und Hauptarchiv	Herr Stange
01	06	03	Datenschutz		Sicherstellung der Ausführung des DSGVO NRW	Herr Morfidis
01	07		Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Seite 43		
01	07	01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		Repräsentationen / Ehrungen / Sonstiges, Darstellung der Belange der Kommunalverwaltung in Print- und Non-Print Medien, Internet, Amtliches Mitteilungsblatt	Verwaltungsvorstand / Herr Binner
01	08		Personalmanagement	Seite 47		
01	08	01	Personalsteuerung und -entwicklung;		Personalentwicklung, Personalkostenplanung, Stellenplan, Stellenbewertung	Herr Binner
01	08	02	Personalbetreuung, Personalausbildung und –qualifizierung; Gesundheitsvorsorge		Beschäftigungsverhältnisse, arbeits-/dienstrechtliche Beratung und Betreuung, Nachwuchsgewinnung, Personalinformation, Bezüge und sonstige Geldleistungen für Aktive / Passive, Koordination der Ausbildung des Personals; Fortbildung für andere Fachbereiche; Seminaranmeldungen, Gesundheitsvorsorge / Arbeitssicherheit	Herr Scharf
01	09		Finanzmanagement und Rechnungswesen	Seite 51		
01	09	01	Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform		Steuerung und Verwaltung sämtlicher privatrechtlicher Beteiligungen der Stadt, Ausschreibung und Verhandlung von Konzessionsverträgen	Herr Falk

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung	
01	09	02	Betriebswirtschaftliche Steuerung / Beziehungen zum Eigenbetrieb Wasserwerk	Seite 55	Erarbeiten von Grundsätzen zur betriebswirtschaftlichen Steuerung, Erstellen von Gebührenbedarfsberechnungen, Grundsätze zur Aufstellung der Satzungen über die Erhebung von Steuern und Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen, Kassenaufsicht, Koordination der Finanzwirtschaft des Eigenbetriebs Wasserwerk mit den Belangen des städtischen Haushalts ...	Herr Pickhardt	
01	09	03	Haushaltswirtschaft, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling, Berichtswesen		Haushaltssatzung, Haushaltssicherungskonzept, Finanzplanung, Haushaltsausführung, Stadt als Steuerschuldnerin, Zahlstellen, Vorschüsse, Konten, Finanzberichte, Jahresrechnung, Finanzstatistiken, federführende Betreuung der überörtlichen Prüfung durch die Gemeinde- prüfungsanstalt, federführende Bearbeitung von Prüfungsberichten und Mitwirkung bei der Festsetzung privatrechtlicher Entgelte	Herr Halbach	
01	09	04	Vermögens- und Schuldenverwaltung		Bewirtschaftung von Geld- und Kapitalvermögen, Bewirtschaftung von Rücklagen, Gewährung von Darlehn, Neuaufnahme, Prolongation und Umschuldung von Krediten, Kassenkredite, Zinsmanagement	Herr Knabe	
01	09	05	Steuern und Abgaben		Abwicklung des Festsetzungsverfahrens, Aufstellen der Satzungen über die Erhebung von Steuern und Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen	Herr Dresbach	
01	09	06	Kassenangelegenheiten		Zahlungsverkehr, Buchhaltung, Abschlüsse, Belegarchiv	Herr Dresbach	
01	09	07	Vollstreckung		Eigene Vollstreckung (Aufgaben der Kasse als Vollstreckungsbehörde), Beitreibung öffentlich-rechtlicher Forderungen anderer Träger im Wege der Amtshilfe.	Herr Dresbach	
01	10		Organisationsangelegenheiten und technikunterstützte Informationsverarbeitung				
01	10	01	IT-Leistungen der ADV für das Rathaus		Beratung der Fachbereiche in EDV-Fragen (keine Anwendungsfragen), Netz und Hardware: Betrieb und Unterhaltung des zentralen Netzes einschl. Telekommunikationsanlagen (TK-Anlagen), Beschaffung, Installation und Betreuung der Hardware; Störungsbeseitigung; Software: (Beratung, Beschaffung, Installation und Pflege), Betreuung aller techni- scher Geräte	Herr Binner	
01	10	02	Organisationsangelegenheiten		Organisationsgutachten, Arbeitsplatzuntersuchung, Stellenbemessung, Ausstattung von Arbeitsplätzen ...	Herr Binner	

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
01 01	11 11	01	Recht/Versicherungen Rechts- und Versicherungsangelegenheiten	Seite 59	Angelegenheiten der Rechtsberatung und –vertretung, Bearbeitung von Versicherungsangelegenheiten der Stadt	Herr Martel (Versiche- rungsangele- genheiten)
01 01	13 13	01	Grundstücks- und Gebäudemanagement Gebäudebewirtschaftung	Seite 63	Überwachung von Energie- und Wasserverbrauch, Zahlbarmachung von Bewirtschaftungskosten (Gas, Strom, teilweise: Wasser)	Herr Wagner
01	13	02	Liegenschaften		Kauf- und Verkauf, Tausch, Vermietung und Verpachtung von städt. Liegenschaften., Führen des Bestandsverzeichnisses, Abwicklung notarieller Kaufverträge, Gutachten, Beratung, Bestellung von Rechten (Leitungs-, Wegerechte), Baulasten, Vorkaufsrechte, Grenzregelungen, Bodenrichtwerte, etc.	Herr Elspaß
01	13	03	Bau und Unterhaltung von Gebäuden.		Planung, Errichtung, Sanierung und Instandsetzung von städt. Hochbauten und betriebstechnischen Anlagen, Durchführung von Ausschreibungen und Vergaben, Überwachung von Bürgschaften und Sicherheitsleistungen, Geltendmachung von Ansprüchen aus Gebäudeversicherungsverträgen, Sicherstellung des objektbezogenen Brandschutzes	Frau Olthoff
01	13	04	PPP-Projekt Schulen		Bau- und Vertragscontrolling im Rahmen des PPP-Projekts Schulen Sicherstellung, dass sämtliche im PPP-Verfahren ausgeschriebenen, vom Vertragspartner angebotenen und vertraglich vereinbarten Bauleistungen tatsächlich, qualitativ und mängelfrei erbracht werden; Nachtragsmanagement; Klärung von Zweifelsfragen zum vertraglich geschuldeten Leistungssoll	Herr Falk
01 01	15 15	01	Städtepartnerschaften Städtepartnerschaften	Seite 68	Partnerschaften mit Landsmeer und Châtenay-Malabry	Frau Mattick
01 01	18 18	01	Baubetriebshof Baubetriebshof	Seite 71	Alle Tätigkeiten, die für die Erfüllung gemeindlicher Aufgabenerfüllung notwendig sind: Straßenunterhaltung, Winterdienst, Kehrdienst, Einhaltung von Verkehrssicherungspflichten, Unterhaltung der Wald- und Wirtschaftswege, Papierkorbleerung, Werkstattdienst, Fuhrpark	Herr Zeuge

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
02			Sicherheit und Ordnung	Seite 75		
02	01		Allgemeine Sicherheit und Ordnung	Seite 79		
02	01	01	Allgemeine Sicherheit und Ord- nung		Zugeordnet sind: Allgemeine Gefahrenabwehr, Gesundheitswesen, Jugendschutz, Jagd- und Fischereianglegenheiten, Umwelt- und Immissionsschutzangelegen- heiten, Obdachlosenangelegenheiten, Veterinärwesen, Tierseuchenbe- kämpfung, Bußgeldwesen nach dem OwiG, Schiedsmannsangelegenhei- ten, verkehrliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	Herr Lütticke
02	02		Gewerbewesen	Seite 83		
02	02	01	Allgemeine Gewerbeangelegenhei- ten		Bearbeitung von Gaststättenangelegenheiten, Marktwesen, Reisegewerbe und sonstige Gewerbe, Überwachung von Gewerbebetrieben, gewerbe- rechtliche Genehmigungen, sonstige gewerberechtliche Angelegenheiten	Herr Lütticke
02	07		Verkehrsangelegenheiten	Seite 86		
02	07	01	Verkehrsregelung und -lenkung		Beantragen von neuen und Wegfall von vorhandenen Verkehrszeichen an Gemeindestraßen, Wegen und Plätzen beim Straßenverkehrsamt, Planen und Errichten von Zonengeschwindigkeitsbeschränkungen, Durchführung von Unfallanalysen, Verkehrsbesprechungen, Verkehrssicherheit bei städt. Straßenbaumaßnahmen, Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer,	Herr Jung
02	10		Einwohnerangelegenheiten	Seite 89		
02	10	01	Bürgerservice		Bearbeitung von Meldeangelegenheiten, Passwesen, Namensangelegen- heiten, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, Statistiken, Fahrerlaubnisse, sonstige Angelegenheiten	Herr Martel
02	11		Personenstandswesen	Seite 93		
02	11	01	Personenstandswesen		Bearbeitung von Eheschließungen und Ehefähigkeitszeugnissen, Gebur- tenbuch, Sterbebuch, Familienbuch, sonstige Beurkundungen und öffent- liche Beglaubigungen, Lebenspartnerschaften	Herr Martel
02	14		Wahlen	Seite 97		
02	14	01	Durchführung von Wahlen, Volksbegehren und -entscheiden, Bürgerbegehren und -entscheiden		Organisation, Auszählung, ADV, Führen des Wählerverzeichnis, Bearbeitung Briefwahanträge	Herr Scharf

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
02	15		Feuerschutz	Seite 100		
02	15	01	Feuerschutz		Brandschutz, technischer Dienst, Beschaffung und Verwaltung	Herr Lütticke
03			Schulträgeraufgaben	Seite 105		
03	01		Bereitstellung von Grundschulen	Seite 109		
03	01	01	GGs Auf dem Bursten		Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet:	
					<u>03.01.01.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich offener Ganz-tagsschule und Schulturnhalle	Frau Adolfs
					<u>03.01.01.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets	Herr Jesse
					<u>03.01.01.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Herr Wagner
03	01	03	GGs Hackenberg		Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet:	
					<u>03.01.03.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich offener Ganz-tagsschule und Sporthalle	Frau Adolfs
					<u>03.01.03.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets	Herr Jesse
					<u>03.01.03.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Herr Wagner

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
03	01	05	GGs Wiedenest		Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet: <u>03.01.05.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich offener Ganz-tagsschule und Schulturnhalle <u>03.01.05.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets <u>03.01.05.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Frau Adolfs Herr Jesse Herr Wagner
03	01	07	KGS Auf dem Bursten		Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet: <u>03.01.07.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich Verkehrs- übungsplatz <u>03.01.07.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets <u>03.01.07.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Frau Adolfs Herr Jesse Herr Wagner
03	02		Bereitstellung der Hauptschule	Seite 118		
03	02	01	GHS Auf dem Bursten		Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet: <u>03.02.01.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich Ganz- tagsschule und Sporthalle <u>03.02.01.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets <u>03.02.01.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Frau Adolfs Herr Jesse Herr Wagner

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
03 03	03 03	01	Bereitstellung der Realschule Realschule	Seite 122	Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet: <u>03.03.01.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich Lehrschwimmbecken und Schulturnhalle <u>03.03.01.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets <u>03.03.01.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Frau Adolfs Herr Jesse Herr Wagner
03 03	04 04	01	Bereitstellung des Gymnasiums Gymnasium	Seite 126	Zum 01.01.2009 werden für dieses Produkt drei Teilprodukte eingerichtet: <u>03.04.01.01</u> Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einschließlich Schulturnhallen <u>03.04.01.02</u> Teilprodukt zur Abbildung des Schulbudgets <u>03.04.01.03</u> Teilprodukt zur Abbildung der Kosten PPP	Frau Adolfs Herr Jesse Herr Wagner
03 03	05 05	01	Sonderschulen, fremder Träger Sonderschulen	Seite 130	Zahlung Umlage, Mitwirkung Zweckverband	Frau Adolfs
03 03	06 06	01	Schülerbeförderung Schülerbeförderung	Seite 133	Organisation Schulbusverkehr, Erstattung notwendiger Fahrkosten	Frau Adolfs

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
03	07		Zentrale schulbezogene Leistungen des Schulträgers	Seite 136		
03	07	01	Steuerung		Schulentwicklungsplan, Schulbezirke, Sondernutzung Schulräume	Frau Adolfs
04			Kultur und Wissenschaft	Seite 141		
04	01		Kommunale Veranstaltungen	Seite 143		
04	01	01	Planung und Durchführung von Veranstaltungen		Kommunale Veranstaltungen (Stadtgeburtstag, Stadtfest mit Open Air) und sonstige Veranstaltungen (Sonderveranstaltungen in eigenen Einrich- tungen, Zusammenarbeit mit Stadtmarketing)	nn
04	03		Örtliche Kulturangelegenheiten	Seite 146		
04	03	01	Neustadtfenster / Kulturelle Diens- te		Förderung kultureller Veranstaltungen und Vereine; Öffentlichkeitsarbeit; Kommunale Veranstaltungen/Projekte etc. ; Kulturförderung; Kulturinformation und Öffentlichkeitsarbeit (sonstige Dienstleistungen).	Herr Klaka
04	04		Kreisvolkshochschule	Seite 150		
04	04	01	Aufgaben der KVHS, Abteilung Bergneustadt		Ergänzung Bildungsangebot, Abwicklung Verwaltungsaufgaben	Frau Adolfs
04	05		Musikschulen	Seite 153		
04	05	01	Musikförderung		Förderung musikalische Erziehung und Bildung, Abwicklung Verwaltungsaufgaben	Frau Adolfs
04	06		Bibliotheken	Seite 157		
04	06	01	Dienstleistungen der Bücherei		Vermittlung von Medien und Informationen, Veranstaltungen + Ausstellungen, Internetcafé	Herr Dan
05			Soziale Leistungen	Seite 161		
05	01		Unterstützung von Senioren	Seite 163		
05	01	01	Beratung von Senioren		Beratung Pflegebedürftige/Angehörige	Frau Adolfs
05	02		Sonstige Hilfen und Leistungen	Seite 166		
05	02	01	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit und anderen Lebenslagen		Antragsverfahren, Beratungen ...	Frau Adolfs

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwortung
05	02	02	Soziale Leistungen (Kriegsopferfürsorge, soziale Vergünstigungen)		Persönliche Hilfen, Geld- und Sachleistungen, Antragsverfahren	Frau Adolfs
05	03		Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	Seite 169		
05	03	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB 12		Regelleistungen, Unterkunft, Ersatzansprüche	Frau Adolfs
05	03	02	Leistungen der Grundsicherung		Gewährung von Grundsicherung (Alter/dauernde Erwerbsminderung)	Frau Adolfs
05	03	03	Betreuung Flüchtlinge, Geld- und Sachleistungen		Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts Der Einsatz des neuen Verfahrens ProSoz macht im Bereich der Asylbe- werber die Einrichtung von 9 Teilprodukten notwendig, damit die zu füh- rende Statistik mit den notwendigen Finanzdaten bedient werden kann. Diese Teilprodukte wurden in 08/2008 eingerichtet (05.03.03.01 bis 05.03.03.09, Bezeichnungen siehe SAP, Produktverantwortung, Kosten- stellen- und Profitcenterzuordnung entsprechen 05.03.03).	Frau Adolfs Frau Adolfs
05	03	04	Aussiedler- und Vertriebenenangelegenheiten		Prüfung Volkszugehörigkeit, sozialarbeiterische Tätigkeit	Frau Adolfs
05	04		Sozialversicherungsangelegen- heiten	Seite 174		
05	04	01	Rentenangelegenheiten		Auskünfte in Rentenversicherungsangelegenheiten, Annahme und Prü- fung der Anträge auf Leistungen aus der Rentenversicherung und anderen Sozialversicherungsgesetzen, Wiederherstellung von Versicherungsunter- lagen, Untersuchung von Unfällen, Sonstige Aufgaben nach dem Sozial- gesetzbuch	Frau Wonne- berger
06			Kinder-, Jugend- und Familien- hilfe	Seite 177		
06	01		Förderung von Kindern in Ta- gesbetreuung	Seite 179		
06	01	01	Plätze für Kinder bis 6 Jahre		Gewünschte Plätze zur Verfügung stellen, Kindergartenbeitrag, Verwaltungskostenzuschuss	Frau Adolfs
06	02		Kinder- und Jugendarbeit	Seite 183		

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
06	02	01	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit		Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen, Kinder- und Jugendarbeit innerhalb eigener Einrichtungen	Herr Klinnert
06	02	02	Begegnungsstätte Hackenberg		Verwaltung und Betrieb der Einrichtung	Herr Morfidis
06	02	03	Begegnungsstätte Krawinkel-Saal		Verwaltung und Betrieb der Einrichtung	Herr Klinnert
06	02	04	Bereitstellung von Spielplätzen		Bereitstellung und Unterhaltung der Spielplätze	Herr Klinnert
07			Gesundheitsdienste	Seite 189		
07	05		Krankenhäuser	Seite 191		
07	05	01	Krankenhausinvestitionsumlage			Herr Halbach
08			Sportförderung	Seite 193		
08	01		Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	Seite 195		
08	01	01	Sportanlagen für den Vereinssport		Bereitstellung und Unterhaltung der Einrichtungen, Belegungspläne, Entgelt- und Benutzungsordnung, Sicherung des Vereinssports	Herr Klinnert
08	01	02	Freizeitsportanlagen (Skateranlage, Bolzplätze, Skilanglaufstrecke, Beachhandball- und Beachvolleyballfeld)		Bereitstellung und Unterhaltung der Einrichtungen	Herr Klinnert
08	02		Sportförderung	Seite 199		
08	02	01	Maßnahmen zur Sportförderung		Mitarbeit und Unterstützung bei Sportveranstaltungen, Sportförderung von Vereinen und Verbänden, eigene Sportveranstaltungen, Führen des Veranstaltungskalender	Herr Klinnert
08	03		Bereitstellung und Betrieb des Freibades	Seite 203		
08	03	01	Freibad		Laufende Betriebsführung, Personaleinsatz, Öffentlichkeitsarbeit, Sondernutzungen	Herr Klinnert
09			Räumliche Planung und Entwicklung	Seite 207		
09	01		Räumliche Planung und Entwicklung	Seite 209		

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwortung
09	01	01	Stadtplanung, Zeit- und Handlungskonzepte, Regionalplanung, Entwicklung, Umweltvorsorge		Aufstellen und Ändern von Flächennutzungsplan und Bebauungsplänen, Satzungen nach Baugesetzbuch und Kommunalabgabengesetz, Regionalplanungen, Abstimmungen mit den Zielen der Landesplanung, Ermittlung von Grundstückswerten, Bereitstellen von Geodaten ...	Herr Baumhoer
09	01	02	Erschließungsbeiträge		Berechnung des Erschließungsbeitrages und Erstellung der Beitragsbescheide, Herbeiführen des politischen Beschlusses über die (endgültige) erstmalige Herstellung der Erschließungsanlage, haushaltmäßige Abwicklung, Widerspruchs- und Klageverfahren	Herr Lünenbürger
10			Bauen und Wohnen	Seite 215		
10	01		Baubehördliche Beratung und Information	Seite 217		
10	01	01	Baugenehmigungsverfahren		Stellungnahmen in förmlichen Baugenehmigungsverfahren; Erteilen des gemeindlichen Einvernehmens und Wahrnehmung gemeindlicher Belange, Bauberatung zum Bauplanungsrecht, Führung der Bauakten, Baustatistiken; Sicherung der Erschließung von Bauvorhaben, Stellungnahmen zu Teilungsanträgen, Ordnungsbehördliche Maßnahmen (Stilllegung von Schwarzbauten u. Meldung an die Untere Bauaufsichtsbehörde), Stellungnahmen zu Bauvorhaben nach BimSchG, Einzelhandelserlass, etc., Information - Beratung - Prüfung - Ortsrechtsanwendung von Bürgern, Handel u. Gewerbe, politische Gremien/Fraktionen, etc.	Herr Baumhoer
10	01	02	Freistellungsverfahren		Entgegennahme und Prüfung der eingereichten Unterlagen , Entgegennahme von Baubeginn und Fertigstellungsanzeigen, Mitteilungen vor Ablauf der Monatsfrist, Erteilung der Freistellungsbescheinigung vor Ablauf der Monatsfrist auf Antrag des Bauherrn	Herr Baumhoer
10	03		Denkmalschutz und Denkmalpflege	Seite 221		
10	03	01	Denkmalpflege / Aufgaben der Unteren Denkmalbehörde		Erhalten und Pflege der historischen Bausubstanz, Unterschutzstellung von Baudenkmalern, Pauschalzuweisungen im Rahmen der Denkmalförderung / Denkmalpflege; Vertretung und Mitwirkung im Arbeitskreis historischer Altstädte; Abstimmung von Bauvorhaben mit den Zielen des Denkmalschutzes, Erlass und Änderung von Ortsrecht zum Denkmalschutz ...	Herr Baumhoer

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
10	05		Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	Seite 225		
10	05	01	Gewährung von Wohngeld		Einkommensabhängige Gewährung von Miet-/Lastenzuschuss	Frau Adolfs
10	06		Wohnraumsicherung und – versorgung	Seite 228		
10	06	01	Wohnberechtigungsscheine		Bearbeiten von Anträgen auf Wohnberechtigungsscheine und befristete Freistellungen, Mitwirkung bei der Bestands- und Besetzungskontrolle von öffentl. gefördertem Wohnraum und bei der Subventionsabschöpfungsabgabe (früher: Fehlbelegungsabgabe), Beratung zu allgemeinen Fragen der Wohnungsbindung, Mitarbeit bei der Erstellung des örtlichen Mietspiegels	Herr Lünenbürger
10	08		Hilfen bei Wohnproblemen	Seite 231		
10	08	01	Verwaltung und Betrieb der Obdachlosenunterkunft		Bereitstellung und Betrieb der Einrichtung in der Silbergr. 39 – 43a und des Verweisungsraumes Zum Dreiert 27 b (Raum 3)	Herr Lütticke
10	08	02	Verwaltung und Betrieb der Übergangsheime		Bereitstellung und Betrieb der Einrichtungen Zum Dreiert 27a - f	Frau Adolfs
11			Ver- und Entsorgung	Seite 235		
11	01		Versorgung	Seite 239		
11	01	01	Elektrizitäts- und Gasversorgung		Alle Angelegenheiten aus Abwicklung und Abrechnung aus dem Konzessionsvertrag mit der AggerEnergie GmbH (vormals Stromversorgung Aggertal GmbH und Gasgesellschaft Aggertal mbH)	Herr Halbach
11	01	02	Wasserversorgung		Vereinnahmung der Konzessionsabgabe des Wasserwerks	Herr Halbach
11	02		Abfallwirtschaft	Seite 242		
11	02	01	Aufgaben der Abfallwirtschaft		Abwicklung aller Aufgaben, die für den ASTO wahrgenommen werden (Leerung Straßenpapierkörbe, Einsammlung „wilder“ Müll) und Unterhaltung Containerstellplätze BWS	Herr Zeuge
11	03		Abwasserbeseitigung	Seite 246		
11	03	01	Abwasserbeseitigung		Beseitigen der im Stadtgebiet anfallenden Abwässer und des Regenwassers; Planung, Bau und Betrieb und Unterhaltung eines leistungsfähigen Kanalnetzes mit den Nebenanlagen ...; Beitragserhebung	Herr Lep- perhoff (Bei- träge: Herr Lü- nenbürger)

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
12			Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV	Seite 251		
12	01		Öffentliche Verkehrsflächen	Seite 255		
12	01	01	Gemeindestraßen		Bau, Betrieb und Unterhaltung eines leistungsfähigen Gemeindestraßennetzes einschl. Rad- und Gehwegen, Wirtschaftswegen, Parkplätzen und den Nebenanlagen, Brücken, Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen; Durchführung von Ausschreibungen und Vergaben; Straßenentwässerung, Pflege des Straßenkatasters, Zusammenarbeit mit Verkehrs- und anderen Straßenbaulastträgern, kommunale Verkehrsplanung, Zuwendungsanträge nach GVFG und ÖPNV einschl. Verwendungsnachweise.; Überwachung und Zahlbarmachung der Bewirtschaftungskosten für die Straßenbeleuchtung, Berechnung und Zahlbarmachung der Niederschlagswassergebühr für öffentliche Straßen; Beitragserhebung	Herr Lep- perhoff (Bei- träge: Herr Lü- nenbürger)
12	05		Straßenreinigung und Winterdienst	Seite 260		
12	05	01	Straßenreinigung und Winterdienst		Kehr- und Winterdienst an öffentlichen Straßen	Herr Zeuge
13			Natur- und Landschaftspflege	Seite 265		
13	01		Öffentliches Grün	Seite 269		
13	01	01	Park- und Gartenanlagen		Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen, Erholungseinrichtungen, Aussichtsturm; Kontrolle des städt. Baumbestandes und Führung des Baumkatasters, Sicherstellung der Verkehrssicherungspflichten auf öffentlichen Grünflächen und in den Anlagen	Herr Zeuge

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwor- tung
13	02		Natur und Landschaft	Seite 273		
13	02	01	Natur und Landschaftspflege / Grünordnungspläne		Erstellen von Grünflächen- und Grünordnungsplänen (landschaftspflege- rischen Fachbeiträgen, etc.) zur Bauleitplanung, Sicherung von Natur- denkmalen, Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung von Land- schaftsplänen, Erstellung, Pflege, Aufstellung und Anpassung sowie Um- setzung des Öko-Flächen-Pools der Stadt (Ausgleichs- und Ersatzflä- chenmanagement), haushaltmäßige Abwicklung,	Herr Baumhoer
13	03		Wald-, Forst- und Landwirt- schaft	Seite 275		
13	03	01	Waldbesitz		Betreuung und Verwaltung des städt. Waldbesitzes, Förderung einer nat- urverträglichen Nutzung des Waldes zur Naherholung, Zusammenarbeit mit Forstbetriebsgemeinschaft und Forstamt, nachhaltige Pflege und Be- wirtschaftung des Waldes, u.a. zur Werterhaltung und Wertsteigerung ...	Herr Elspaß
13	04		Wasser und Wasserbau	Seite 278		
13	04	01	Gewässerschutz		Sicherstellen des Gewässer- und Hochwasserschutzes, Zusammenarbeit mit dem Gewässerschutzbeauftragten, Verbesserung der Gewässerqualität.	Herr Lep- perhoff
13	06		Friedhöfe	Seite 281		
13	06	01	Friedhofsmanagement		Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der städt. Friedhöfe, Durchfüh- rung der Bestattungen, Gebührenfestsetzung (anstatt „Abrechnung der erbrachten Leistungen“), Unterhaltung der Sondergräber, Unterhaltung der Verkehrswege und des öffentlichen Grün auf Friedhöfen, Verwaltung und Unterhaltung der Friedhofshallen	Herr Zeuge (Gebühren: Frau Lend- vaczky)
15			Wirtschaft und Tourismus	Seite 285		
15	01		Wirtschaftsförderung	Seite 289		
15	01	01	Maßnahmen der Wirtschaftsförde- rung		Unterstützung im Verwaltungsverfahren, Ansiedlungsförderung ...	Bürgermeister / Frau Adolfs
15	02		Tourismus	Seite 292		

PB	PG	Pro- dukt	Bezeichnung	Fundstelle im Haushaltsplan	Kurzbeschreibung	Produkt- verantwortung
15	02	01	Touristische Öffentlichkeitsarbeit		Zusammenarbeit mit Fremdenverkehrsorganisationen, Erstellung und Versand von Werbematerialien und Presseinformationen, Beobachtung und Beurteilung der Fremdenverkehrsentwicklung, Zusammenarbeit mit dem örtlichen Hotel- und Gaststättengewerbe, Neustadtverbindung	Herr Klinnert
15	03		Öffentliche Einrichtungen	Seite 296		
15	03	01	Wochenmarkt		Abrechnung Standgelder, „Marktmeister“ etc.	Herr Kirsten
15	03	02	Bürgerhäuser		Verwaltung und Betrieb des Bürgerhauses Belmicke; Verwaltung und Betrieb des Bürgerhauses Neuenothe	Herr Wagner
15	04		Sonstige wirtschaftliche Unter- nehmungen	Seite 300		
15	04	01	Sonstige wirtschaftliche Unter- nehmungen		Anteil der Stadt Bergneustadt am Bilanzgewinn der Sparkasse Gummers- bach-Bergneustadt und der Radio Berg GmbH & Co KG, Anteilige Übernahme von ungedeckten Jahresfehlbeträgen des Gründer- und Technologie-Centrums	Herr Halbach
16	01		Allgemeine Finanzwirtschaft Steuern, allgemeine Zuweisun- gen, allgemeine Umlagen	Seite 305 Seite 307		
16	01	01	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen		Nachweis und Bereitstellung der allgemeinen Deckungsmittel	Herr Halbach
16	02		Sonstige allgemeine Finanzwirt- schaft	Seite 311		
16	02	01	Sonstige allgemeine Finanzwirt- schaft		Produkt zur Abbildung der zentralen Vermögens- und Schuldenbewirt- schaftung, dargestellt werden insbesondere Zinserträge aus Geldanlagen, Kreditaufnahmen für Investitionen oder zur Liquiditätssicherung sowie die resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen	Herr Knabe

7. Zuordnung von Unterabschnitten der kameralen Gliederung (bis 2007) zu den Produkten des Produkthaushalts nach den Bestimmungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (ab 2008):

Die vorgenommene Zuordnung soll die Orientierung in dem neuen Produkthaushalt der Stadt Bergneustadt erleichtern. Sie ist nicht so zu verstehen, dass alle bis zum Haushaltsjahr 2007 in einem Unterabschnitt verbuchten Geschäftsvorfälle nunmehr vollständig in den in der nachstehenden Tabelle zugeordneten Produkten verbucht werden. Insbesondere ist zu beachten, dass mit dem neuen Produkthaushalt der aus Gebäudeunterhaltung und Gebäudebewirtschaftung resultierende Aufwand weitgehend den Produkten des Grundstücks- und Gebäudemagements zugeordnet wird und erst über die Leistungsverrechnung den sachlich betroffenen Produkten angelastet wird.

Unterabschnitt	Produkt	Fundstelle im Haushaltsplan (Produktgruppe, Seite)
0000 Gemeindeorgane	01.02.01 Verwaltungsführung	01.02 - Seite 27
0090 Fraktionen	01.01.01 Politische Gremien	01.01 - Seite 23
0110 Überörtliche Prüfung	01.05.01 Durchführung von Prüfungen	01.05 - Seite 36
0200 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	01.06.01 Zentrale Dienste	01.06 - Seite 39
	01.06.02 Verwaltungsarchiv	
	01.06.03 Datenschutz	
	01.10.02 Organisationsangelegenheiten	01.10 - Seite 55
0220 Personalangelegenheiten	01.08.01 Personalsteuerung und -entwicklung	01.08 - Seite 47
0221 Aus- und Fortbildung	01.08.02 Personalbetreuung, -ausbildung und -qualifizierung	01.08 - Seite 47
0223 Personalrat	01.04.01 Personalrat (und Schwerbehindertenvertretung)	01.04 - Seite 33
0240 Öffentlichkeitsarbeit	01.07.01 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	01.07 - Seite 43
0250 Gleichstellungsbeauftragte	01.03.01 Gleichstellungsangelegenheiten	01.03 - Seite 30

Unterabschnitt	Produkt	Fundstelle im Haushaltsplan (Produktgruppe, Seite)
0300 Kämmerei	01.09.02 Betriebswirtschaftliche Steuerung 01.09.03 Haushaltswirtschaft, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling 01.09.04 Vermögens- und Schuldenverwaltung	01.09 - Seite 51
0310 Stadtkasse	01.09.06 Kassenangelegenheiten 01.09.07 Vollstreckung	01.09 - Seite 51
0340 Steuerverwaltung	01.09.05 Steuern und Abgaben	01.09 - Seite 51
0350 Liegenschaftsverwaltung	01.13.02 Liegenschaften	01.13 - Seite 63
0500 Standesamt	02.11.01 Personenstandswesen	02.11 - Seite 93
0510 Statistik	02.10.01 Bürgerservice	02.10 - Seite 89
0520 Wahlen	02.14.01 Durchführung von Wahlen	02.14 - Seite 97
0600 Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	01.06.01 Zentrale Dienste 01.06.02 Verwaltungsarchiv 01.06.03 Datenschutz	01.06 - Seite 39
0610 Datenverarbeitung	01.10.01 IT-Leistungen der ADV für das Rathaus	01.10 - Seite 55
1100 Angelegenheiten der allgemeinen öffentlichen Ordnung	02.01.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung 02.02.01 Allgemeine Gewerbeangelegenheiten 02.07.01 Verkehrsangelegenheiten 02.10.01 Bürgerservice	02.01 - Seite 79 02.02 - Seite 83 02.07 - Seite 86 02.10 - Seite 89
1300 Feuerschutz	02.15.01 Feuerschutz	02.15 - Seite 100
2000 Schulverwaltung	03.06.01 Schülerbeförderung 03.07.01 Steuerung	03.06 - Seite 1133 03.07 - Seite 136

Unterabschnitt	Produkt	Fundstelle im Haushaltsplan (Produktgruppe, Seite)
2101 Gemeinschaftsgrundschule Auf dem Bursten	03.01.01 GGS Auf dem Bursten	03.01 - Seite 109
2102 Gemeinschaftsgrundschule Hackenberg	03.01.03 GGS Hackenberg	03.01 - Seite 109
2103 Gemeinschaftsgrundschule Wiedenest	03.01.05 GGS Wiedenest	03.01 - Seite 109
2104 Katholische Grundschule Auf dem Bursten	03.01.07 KGS Auf dem Bursten	03.01 - Seite 109
2150 Hauptschule	03.02.01 GHS Auf dem Bursten	03.02 - Seite 118
2200 Realschule	03.03.01 Realschule	03.03 - Seite 122
2300 Gymnasium	03.04.01 Gymnasium	03.04 - Seite 126
2700 Sonderschulen	03.05.01 Sonderschulen	03.05 - Seite 130
3000 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	04.03.01 Neustadtfenster /Kulturelle Dienste	04.03 - Seite 146
3210 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen, Ausstellungen	04.03.01 Neustadtfenster /Kulturelle Dienste	04.03 - Seite 146
3310 Theater	04.01.01 Planung und Durchführung von Veranstaltungen	04.01 - Seite 143
	04.03.01 Neustadtfenster /Kulturelle Dienste	04.03 - Seite 146
3330 Musikschulen	04.05.01 Musikförderung	04.05 - Seite 153
3520 Öffentliche Büchereien	04.06.01 Dienstleistungen der Bücherei	04.03 - Seite 146
3650 Denkmalschutz und -pflege	10.03.01 Denkmalpflege / Aufgaben der Unteren Denkmalbehörde	10.03 - Seite 221
4200 Hilfen für Asylbewerber	05.03.03 Betreuung Flüchtlinge, Geld- und Sachleistungen	05.03 - Seite 169

Unterabschnitt	Produkt	Fundstelle im Haushaltsplan (Produktgruppe, Seite)
4350 Obdachlosenunterkünfte	10.08.01 Verwaltung und Betrieb der Obdachlosenunterkunft 01.13.01 Gebäudebewirtschaftung	10.08 - Seite 231 01.13 - Seite 63
4370 Übergangsheime	10.08.02 Verwaltung und Betrieb der Übergangsheime 01.13.01 Gebäudebewirtschaftung	10.08 - Seite 231 01.13 - Seite 63
4515 Jugendarbeit	06.02.01 Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	06.02 - Seite 183
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	06.01.01 Plätze (in Tageseinrichtungen) für Kinder bis 6 Jahre	06.01 - Seite 179
5500 Förderung des Sports	08.02.01 Maßnahmen zur Sportförderung	08.02 - Seite 199
5600 Eigene Sportstätten	08.01.01 Sportanlagen für den Vereinssport 08.01.02 Freizeitsportanlagen	08.01 - Seite 195
5710 Badeanstalten - Freibad -	08.03.01 Freibad	08.03 - Seite 203
5800 Park- und Gartenanlagen, Spiel- und Bolzplätze	06.02.04 Bereitstellung von Spielplätzen 08.01.02 Freizeitsportanlagen 13.01.01 Park- und Gartenanlagen	06.02 - Seite 183 08.01 - Seite 195 13.01 - Seite 265
5900 Allgemeine Erholungseinrichtungen	13.01.01 Park- und Gartenanlagen	13.01 - Seite 269
6000 Allgemeine Bauverwaltung	09.01.01 Stadt- und Regionalplanung, Umweltvorsorge 09.01.02 Erschließungsbeiträge	09.01 - Seite 209
6010 Hochbauverwaltung	01.13.03 Bau und Unterhaltung von Gebäuden	01.13 - Seite 63
6020 Tiefbauverwaltung	11.03.01 Abwasserbeseitigung 12.01.01 Gemeindestraßen	11.03 - Seite 246 12.01 - Seite 255
6100 Orts- und Regionalplanung	09.01.01 Stadt- und Regionalplanung, Umweltvorsorge 10.01.01 Baugenehmigungsverfahren	09.01 - Seite 209 10.01 - Seite 217

Unterabschnitt	Produkt	Fundstelle im Haushaltsplan (Produktgruppe, Seite)
6300 Gemeindestraßen	12.01.01 Gemeindestraßen	12.01 - Seite 255
6750 Straßenreinigung	12.05.01 Straßenreinigung und Winterdienst	12.05 - Seite 260
6900 Wasserläufe, Wasserbau	13.04.01 Gewässerschutz	13.04 - Seite 278
7000 Abwasserbeseitigung	11.03.01 Abwasserbeseitigung	11.03 - Seite 246
7200 Abfallbeseitigung	11.02.01 Aufgaben der Abfallwirtschaft	11.02 - Seite 242
7300 Märkte	15.03.01 Wochenmarkt	15.03 - Seite 296
7500 Bestattungswesen	13.06.01 Friedhöfe	13.06 - Seite 281
7600 Sonstige öffentliche Einrichtungen	01.09.01 Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform	01.09 - Seite 51
	12.01.01 Gemeindestraßen	12.01 - Seite 255
	15.04.01 Sonstige wirtschaftliche Unternehmungen	15.04 - Seite 300
7610 Begegnungsstätte Hackenberg	06.02.02 Begegnungsstätte Hackenberg	06.02 - Seite 183
7611 Begegnungsstätte Krawinkel-Saal	06.02.03 Begegnungsstätte Krawinkel-Saal	06.02 - Seite 183
7710 Baubetriebshof	01.18.01 Baubetriebshof	01.18 - Seite 71
7800 Förderung der Land- und Forstwirtschaft	12.01.01 Gemeindestraßen	12.01 - Seite 255
	13.03.01 Waldbesitz	13.03 - Seite 275
7900 Fremdenverkehr	15.02.01 Touristische Öffentlichkeitsarbeit	15.02 - Seite 292
7910 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr	09.01.01 Stadt- und Regionalplanung, Umweltvorsorge	09.01 - Seite 209
	12.01.01 Gemeindestraßen	12.01 - Seite 255
	15.01.01 Maßnahmen der Wirtschaftsförderung	15.01 - Seite 289

Unterabschnitt	Produkt	Fundstelle im Haushaltsplan (Produktgruppe, Seite)
8150 Wasserversorgung	11.01.02 Wasserversorgung	11.01 - Seite 239
8170 Elektrizitäts- und Gasversorgung	11.01.01 Elektrizitäts- und Gasversorgung	11.01 - Seite 239
8700 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	15.04.01 Sonstige wirtschaftliche Unternehmungen	15.04 - Seite 300
8800 Wohn- und Geschäftsgrundstücke	01.13.01 Gebäudebewirtschaftung 01.13.03 Bau und Unterhaltung von Gebäuden	01.13 - Seite 63
8820 Sonstiges Grundvermögen	01.13.02 Liegenschaften 13.03.01 Waldbesitz	01.13 - Seite 63 13.03 - Seite 275
9000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	16.01.01 Steuern, allg. Zuweisungen, allgemeine Umlagen	16.01 - Seite 307
9100 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	16.02.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	16.02 - Seite 311

8. Haushaltsrechtlicher und finanzstatistischer Kontenrahmen für Kommunen (verbindlich)

Aktiva		Passiva		Ergebnisrechnung		Finanzrechnung		Ab- schluss	KLR
Kontenklasse 0	Kontenklasse 1	Kontenklasse 2	Kontenklasse 3	Kontenklasse 4	Kontenklasse 5	Kontenklasse 6	Kontenklasse 7	Kontenklasse 8	Kontenklasse 9
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Finanzanlagen, Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung	Eigenkapital, Sonderposten und Rückstellungen	Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung	Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Abschlusskonten	Kosten- und Leistungsrechnung
00 ... 01 Immaterielle Vermögensgegenstände 02 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 03 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 04 Infrastrukturvermögen 05 Bauten auf fremdem Grund und Boden 06 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler 07 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 08 Betriebs- und Geschäftsausstattung 09 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	10 Anteile an verbundenen Unternehmen 11 Beteiligungen 12 Sondervermögen 13 Ausleihungen 14 Wertpapiere 15 Vorräte 16 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen 17 Privatrechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände 18 Liquide Mittel 19 Aktive Rechnungsabgrenzung	20 Eigenkapital 21 ... 22 ... 23 Sonderposten 24 ... 25 Pensionsrückstellungen 26 Rückstellungen für Deponien und Altlasten 27 Instandhaltungsrückstellungen 28 Sonstige Rückstellungen 29 ...	30 Anleihen 31 ... 32 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen 33 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung 34 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen 35 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 36 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen 37 Sonstige Verbindlichkeiten 38 ... 39 Passive Rechnungsabgrenzung	40 Steuern und ähnliche Abgaben 41 Zuwendungen und allgemeine Umlagen 42 Sonstige Transfererträge 43 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 44 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen 45 Sonstige ordentliche Erträge 46 Finanzerträge 47 Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen 48 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen 49 Außerordentliche Erträge	50 Personalaufwendungen 51 Versorgungsaufwendungen 52 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 53 Transferaufwendungen 54 Sonstige ordentliche Aufwendungen 55 Zinsen und ähnliche Aufwendungen 56 ... 57 Bilanzielle Abschreibungen 58 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen 59 Außerordentliche Aufwendungen	60 Steuern und ähnliche Abgaben 61 Zuwendungen und allgemeine Umlagen 62 Sonstige Transfererträge 63 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 64 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen 65 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 66 Zinsen und ähnliche Finanzerträge 67 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 68 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 69 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	70 Personalauszahlungen 71 Versorgungsauszahlungen 72 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 73 Transferauszahlungen 74 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 75 Zinsen und ähnliche Finanzauszahlungen 76 ... 77 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 78 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 79 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	80 Eröffnungs-/ Abschlusskonten 81 Korrekturkonten 82 Kurzfristige Erfolgsrechnung	90 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) Die Ausgestaltung der KLR ist von jeder Kommune selbst festzulegen.

9. Kontierungshinweise zum Ergebnisplan

Der Ergebnisplan weist - nach Arten gegliedert in zusammengefassten Positionen - die voraussichtlichen, dem Haushaltsjahr zuzuordnenden Erträge (Ressourcenaufkommen) und Aufwendungen (Ressourcenverbrauch) einer Kommune vollständig aus. Er wird in Anlehnung an das Handelsrecht in Staffelform aufgestellt und muss dabei die gesetzlich vorgegebene Mindestgliederung einhalten. Die einzelnen Zeilen entsprechen den Vorgaben des NKF-Kontenrahmens (Anlage 16 der GemHVO, abgedruckt auf der Vorseite).

Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40)

Zu den kommunalen Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B), die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Gemeindeanteil an der Einkommen- und der Umsatzsteuer) sowie sonstige Steuern und steuerähnliche Abgaben (z.B. Hundesteuer).

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontengruppe 41)

Als Zuwendungen werden unter dieser Position die konsumtiven Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen und privaten Bereich an die Stadt Bergneustadt erfasst (Zuwendungen für investive Zwecke werden passiviert, das heißt in einen Sonderposten aus Zuwendungen eingestellt). Erträge aus der Auflösung von Sonderposten der Passivseite der Bilanz fallen auch hierunter. Allgemeine Umlagen sind Übertragungen von Finanzmitteln, die ohne Zweckbindung an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung des Finanzbedarfs aufgrund eines bestimmten Schlüssels geleistet werden (z.B. Schlüsselzuweisungen vom Land).

Zeile 3: Sonstige Transfererträge (Kontengruppe 42)

Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (trifft für Bergneustadt nicht zu).

Zeile 4: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 43)

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten handelt es sich insbesondere um Verwaltungsgebühren (Entgelte für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen, z.B. Baugebühren) und Benutzungsgebühren (Entgelte für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen, z.B. Straßenreinigung).

Zeile 5: Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 44)

Hierzu gehören sämtliche Entgelte für erbrachte Leistungen, sofern diese auf einem privaten Rechtsverhältnis beruhen. Unter dieser Position sind z.B. die Erträge aus Mieten und Pachten, aus Teilnehmerentgelten und Eintrittsgeldern auszuweisen.

Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44)

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind solche, die die Kommune aus der Erbringung von Dienstleistungen für eine andere Stelle, die diese anteilig oder vollständig erstattet, erwirtschaftet.

Zeile 7: Sonstige ordentliche Erträge (Kontengruppe 45)

Unter dieser Position werden alle ordentlichen Erträge der Kommune berücksichtigt, die nicht den Zeilen 01 bis 06 zuzuordnen sind. Dies können z.B. ordnungsrechtliche Erträge wie Verwarnungs- oder Bußgelder, Konzessionsabgaben oder auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen sein.

Zeile 8: Aktivierte Eigenleistungen (Kontengruppe 47)

Erstellt die Stadt Bergneustadt selbst aktivierungsfähige Vermögensgegenstände, so ist deren Wert hier darzustellen. Dieser Ertrag ist die Gegenposition zu den Aufwendungen für die Erstellung des Anlagevermögens. Diese Neuerung bedeutet die Berücksichtigung von Personalkosten als abschreibungsfähige Herstellungskosten, sofern die Stadt Bergneustadt eigenes Fachpersonal für den Bau von Straßen oder Gebäuden einsetzt. Diese Kosten sind als Erträge aus zu aktivierenden Eigenleistungen für die Bereiche Straßenbau und Hochbau zunächst schätzungsweise berücksichtigt, beim Jahresabschluss erfolgt dann eine konkrete Ermittlung.

Zeile 9: Bestandsveränderungen (Kontengruppe 47)

Verändert sich der Bestand an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr, ist die wertmäßige Veränderung in dieser Zeile als positiver oder negativer Ertrag abzubilden.

Zeile 10: Ordentliche Erträge

Die Zeile 10 enthält die Summe sämtlicher ordentlicher Erträge (Zeile 1 bis Zeile 9).

Zeile 11: Personalaufwendungen (Kontengruppe 50)

Zu den Personenaufwendungen gehören sämtliche Bezüge der Beamten, Entgelte der tariflich Beschäftigten und Entgelte der weiteren Kräfte, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Auszuweisen sind die Bruttobeträge sowie die Lohnnebenkosten (Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung und die Beiträge zu den Versorgungskassen). Darüber hinaus sind unter dieser Position die Beihilfe, die Zuführung zur Rückstellung für nicht genommenen Urlaub und geleistete Überstunden sowie die Zuführung zu Pensionsrückstellung für die aktiven Beamten zu erfassen.

Zeile 12: Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)

Hierzu gehören alle anfallenden Versorgungsbezüge. Dazu gehören auch die Beihilfen und sonstigen Aufwendungen für den Kreis der Versorgungsempfänger.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52)

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind solche, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln („Betriebszweck“) zusammenhängen. In der Zeile 13 sind daher neben den Aufwendungen für die Unterhaltung (einschließlich der Fremdinstandhaltung) und Bewirtschaftung des Anlagevermögens (für Energie, Wasser, Abwasser u.a.) auch die Aufwendungen für die Schülerbeförderung oder die Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz auszuweisen.

Zeile 14: Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57)

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens entsteht, wird über die bilanziellen Abschreibungen dargestellt. Durch die bilanziellen Abschreibungen werden die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens auf die Jahre, in denen der Vermögensgegenstand genutzt wird, gleichmäßig verteilt.

Zeile 15: Transferaufwendungen (Kontengruppe 53)

Finanzielle Leistungen der Kommune an Dritte ohne Anspruch auf konkrete Gegenleistung werden hierunter geplant. Typische Transferaufwendungen sind Sozialleistungen, Zuwendungen für laufende Zwecke, die Kreisumlage und die Gewerbesteuerumlage.

Zeile 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 54)

Unter dieser Position werden alle ordentlichen Aufwendungen der Kommune berücksichtigt, die nicht den Zeilen 11 bis 15 zuzuordnen sind. Hierunter fallen z.B. die sonstigen Personalaufwendungen (Aufwendungen für Fortbildung, Dienst- und Schutzkleidung etc.), die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Aufwendungen für Mieten und Pachten, ehrenamtliche Tätigkeiten etc.) sowie die Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon etc.).

Zeile 17: Ordentliche Aufwendungen

Die Zeile 17 enthält die Summe aller ordentlichen Aufwendungen (Zeile 11 bis Zeile 16).

Zeile 18: Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Der Saldo aus der Summe der ordentlichen Erträge (Zeile 10) und der Summe der ordentlichen Aufwendungen (Zeile 17) ergibt das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit. Dieses stellt einen Indikator für die Ertragskraft der Kommune dar.

Zeile 19: Finanzerträge (Kontengruppe 46)

Zu den Finanzerträgen zählen die Zinsen sowie Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Kommune erhält.

Zeile 20: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)

Hierunter sind die Zinsaufwendungen für langfristige Darlehen sowie für kurzfristige Liquiditätssicherungskredite und die Aufwendungen für die Verzinsung der Gewerbesteuer veranschlagt.

Zeile 21: Finanzergebnis

In der Zeile 21 wird der Saldo aus den Finanzerträgen (Zeilen 19) und den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen (Zeile 20) als Finanzergebnis abgebildet.

Zeile 22: Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Jahresergebnis setzt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeile 18) und dem Finanzergebnis (Zeile 21) zusammen. Es stellt ein Abbild des wirtschaftlichen Handelns der Kommune dar.

Zeile 23: Außerordentliche Erträge (Kontengruppe 49)

Außerordentliche Erträge beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen, die von wesentlicher Bedeutung für die Kommune sind.

Zeile 24: Außerordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 59)

Für die Einordnung als außerordentliche Aufwendung sind die gleichen Kriterien wie bei den außergewöhnlichen Erträgen (selten im Vorkommen, ungewöhnlich in der Art, von wesentlicher Bedeutung) zu erfüllen. Sie können sich z.B. als Folge von Naturkatastrophen oder sonstiger durch höhere Gewalt verursachter Unglücke ergeben.

Zeile 25: Außerordentliches Ergebnis

Als außerordentliches Ergebnis wird der Saldo aus den außerordentlichen Erträgen (Zeile 23) und den außerordentlichen Aufwendungen (Zeile 24) ausgewiesen.

Zeile 26: Jahresergebnis

Das Jahresergebnis ergibt sich aus der Saldierung des ordentlichen Ergebnisses (Zeile 22) und des außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 25). Es enthält sämtliche Erträge und Aufwendungen einer Kommune und ist entscheidend für den Haushaltsausgleich.

10. Bewirtschaftungsregelungen

Budgetierungsregelungen

Budgets im Sinne des § 21 GemHVO werden auf der Grundlage der Teilergebnispläne jeweils für die Produktgruppen gebildet.

Erträge und Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung werden nicht in die Budgetierung einbezogen.

Personalaufwendungen, Zinsaufwendungen und Abschreibungen werden nicht in die Budgetierung einbezogen. Diese drei Aufwandsarten werden einzeln betrachtet jeweils zu einem Budget für Personalaufwendungen, Zinsaufwendungen bzw. Abschreibungen zusammengefasst.

Zweckbindungen von Einnahmen

Mehrerträge / -einzahlungen aus der Abwicklung von Schadensfällen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen zur Beseitigung der Folgen des Schadensereignisses.

Mehrerträge / -einzahlungen aus pauschalierter Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen, Zuschüsse, Zuweisungen, Spenden und sonstige Leistungen Dritter berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen in der jeweiligen Produktgruppe bzw. für Investitionsobjekte.

Sperrvermerke

Alle mit Zweckzuwendungen finanzierten Aufwendungen / Auszahlungen bleiben bis zur Bewilligung der entsprechenden Zweckzuwendung bzw. Freigabe durch den Kämmerer gesperrt.

11. Einzelmaßnahmen im Teilfinanzplan

Auf eine Darstellung der Einzahlungen und Auszahlungen für einzelne Investitionen (§ 4 Abs. 4 GemHVO) im Rahmen der Teilfinanzpläne wird verzichtet. Tabellarisch sind alle Investitionsmaßnahmen im Investitionsprogramm 2009 ab Seite 325 sowie in der Darstellung der investiven Maßnahmen 2008-2012 ab Seite 343 (einschließlich Erläuterungen) aufgelistet.